

Johannes-Maria Lex

Von: Informationsdienst der Plattform EduCare [informationsdienst@plattform-educare.org]
Gesendet: Donnerstag, 11. März 2010 10:25
An: hans-paul.nosko@ams.at; mathias.beer@proge.at; pk@parlament.gv.at; presse-parlamentsklub@fpoe.at; maria.rösshumer@aoef.at; thomas.angerer@akwien.at; nina.boehm@extern.wien.gv.at; martina.macher@akooe.at; presse@statistik.gv.at; Varga Irene Mag.a, KÖCK PRIVATSTIFTUNG INITIATIVE NEUES LERNEN ; jugendhilfe@destatis.de; hufschlag@fh-koblenz.de; verein@kinderschutz.at; heidemarie.scharner@noel.gv.at; innenpolitik@kurier.at; gerald.hoechtler@spoe.at; akademie@montessori.at; sabine.schmitt@lbs-ht.de; meinung@diepresse.com
Betreff: Sammelmeldung 11.03.2010
Wichtigkeit: Hoch
Anlagen: Professur Elementarpädagogik FH Osnabrück.pdf; Einladung.pdf

Plattform EduCare
 elementare und außerschulische Bildung
Informationsdienst
<http://www.Plattform-EduCare.org>
informationsdienst@Plattform-EduCare.org
<http://www.facebook.com/pages/Wien-Austria/Elementarpadagogik/177989085992?ref=sgm>

SAMMELMELDUNG

Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.
 Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.
 Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

➔ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ◀

ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG DES INFORMATIONSDIENSTES VOM 11.03.2010 10:25:15

MEINUNG

"KURIER"-Kommentar von Magdalena Rauscher-Weber: "Geben und nehmen"
 Um das Budget zu sanieren, soll bei den Familien gespart werden. Das ist fragwürdig.

"Tiroler Tageszeitung" Kommentar: "Patriarchat bleibt fest verwurzelt" (Von MIRIAM SULAIMAN)

TOP-THEMA

Kind(heit) in der Enge - Kinderarmut in Österreich

[Was ist Armut?](#)
[Mangel an Möglichkeiten - Verwirklichungschancen](#)
[Der Birnbaum](#)
[Scham](#)
[Je früher, je schutzloser und je länger](#)
[Durchschnittliche soziale Mobilität](#)
[Finanzdesaster: Herzinfarkt](#)
[Zusammenfassung](#)

ALLGEMEINE ÜBERSICHTEN

[APA-Meldungen Zukunft/Wissen](#)

AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR ELEMENTARPÄDAGOGINNEN AN DEN PÄDAGOGISCHEN HOCHSCHULEN

[PH-Online](#)

AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR ELEMENTARPÄDAGOGINNEN (OHNE PH'EN)

[Übersicht](#)

BILDUNGSANSTALTEN FÜR KINDERGARTENPÄDAGOGIK

[Übersicht BAKIP's](#)
[Übersicht Aus- & Fortbildung an BAKIP's](#)

[Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogen der Stadt Wien informiert über Lehrgänge "Pick up" und "Change".](#)

BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG

[Presseaussendung der Statistik Austria "Über 80 Prozent der Bachelorabsolventinnen und -absolventen beginnen ein Masterstudium"](#)

[Bildung: Kinder mit Migrationshintergrund deutlich seltener in Kitas](#)

[Bildung: Hintergrund: Der Bologna-Prozess](#)
["Bologna-Reform als Chance nutzen" Spiegel Online](#)

BILDUNGSPOLITIK

[Bildungsferne Schichten - RUDOLF TASCHNER \(Die Presse\) - Mitgefühl und Hybris.](#)

[Rektoren über Budget enttäuscht](#)

[Weniger Geld für Forschung und Bildung](#)

[57,9 Millionen Euro weniger für Wissenschaft und Forschung](#)

[Wen der "Budget-Hammer" trifft](#)

[Weniger Budget für Wissenschaft und Bildung](#)

[BM:UKK / BMWF](#)

[BM:UKK-Homepage](#)
[BMWF Homepage](#)

[BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM](#)

[Gesetze Bundesländer](#)
[Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote](#)

[BURGENLAND](#)

[Meldungen: keine](#)

[KÄRNTEN](#)

[Meldungen:](#)
[FPK-KO Kurt Scheuch: Kaiser als Frauenreferent fehl am Platz](#)

[NIEDERÖSTERREICH](#)

[Meldungen:](#)
[Pädagogischen Fachtagung: "Dialog Kindergarten-Schule, zeitgemäße Kooperation zwischen Kindergarten und Grundschule" am 9. April 2010 ganztags im NÖ Landhaus](#)
[4,3 Millionen Euro für Umsetzung des NÖ Suchtplanes](#)

[45 Millionen Euro für Baumaßnahmen in Schulen und Kindergärten](#)

[OBERÖSTERREICH](#)

[Meldungen:](#)
[Ansturm auf die Kindergärten löst Bauoffensive des Landes aus](#)
[Kein Krippenplatz, kein Job - kein Job, kein Krippenplatz Arbeitslose Frauen werden im Kreis geschickt](#)

[Gratiskindergarten: Keine Reform auf Kosten des Angebots für Kinder und Eltern!](#)

[SALZBURG](#)

[Meldungen:](#)

[Mehr Anrufer im Kinderschutzzentrum](#)

[STEIERMARK](#)

[Meldungen:](#)
[Verspätete Zahlung für die Knirpse](#)

[TIROL](#)

[Meldungen: keine](#)

[VORARLBERG](#)

[Meldungen: keine](#)

[WIEN](#)

[Meldungen:](#)
[AMS Wien lässt weitere 150 Kindergärtnerinnen ausbilden](#)
[Wiener Grüne verlangen "mehr Stacheln" für Frauenpolitik](#)

[ELEMENTARPÄDAGOGIK](#)

[Förderungsmöglichkeiten](#)

[FRÜHFÖRDERUNG, FRÜHPÄDAGOGIK, FRÜHKINDLICHE BILDUNG](#)

[Gute Bücher und mehr für die Kitas](#)

[INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK](#)

[FPÖ-Hofer kritisiert fehlende Integration behinderter Kinder](#)

[KINDERBETREUUNG](#)

[PRO-GE Wimmer zu Budget: "Solidarpakt und Impulsprogramm fehlen"](#)

[Österreich bewältigt Krise besser als andere Länder Reinhold Mitterlehner: Vor uns liegen nun die Mühen der Ebenen](#)

[Bundeskanzler Faymann: "Wir müssen sinnvoll einsparen und Steuern gerecht einheben."](#)

[Gewaltstatistik 2009: Armut und fehlende Perspektiven](#)

[Heinisch-Hosek gratulierte diestandard.at zum 10 Jahres-Jubiläum](#)

[Rudas zu Internationalen Frauentag: Mit offensiver Frauenpolitik zu mehr Chancengerechtigkeit](#)

[Tumpel zum Frauentag: Einkommensschere schließen, Maßnahmenpaket statt Freiwilligkeit](#)

[Aufruf der SPÖ Frauen zum Internationalen Frauentag](#)

[FPÖ-Gartelgruber: Jetzt vor allem Durchschlagskraft der Frauenpolitik beweisen](#)

[KINDERERZIEHUNG](#)

[Achtsam, aufmerksam, aktiv: Kinder möchten engagierte Väter](#)

[MIGRATION, MIGRANTEN, INTEGRATION](#)

[Kinder mit Migrationshintergrund seltener in Kindertagesbetreuung](#)

[MONTESSORI](#)

[MONTESSORI-DIPLOMLEHRGANG FÜR DAS KINDERHAUS \(Altersstufe 3 - 6 Jahre\) - ANMELDESCHLUSS](#)

[REFRESHER-REIHE FÜR DAS KINDERHAUS](#)

[INFORMATIONSBEND ZUR MONTESSORI-PÄDAGOGIK UND DIPLOMAUSBILDUNG](#)

[SEMINAR: RECHTLICHE GRUNDLAGEN als KindergruppenbetreuerIn in Wien](#)

[EINFÜHRUNGSSEMINAR IN DIE MONTESSORI-PÄDAGOGIK](#)

[PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN](#)

[Übersicht](#)
[Inskription](#)

[ÖLLUG unterstützt Protestaktionen der Studierenden und Lehrenden zu Bologna-Gipfel](#)

["Bachelor für 4.000 Pflichtschullehrer"](#)

[PARLAMENTSMELDUNGEN](#)

[Schmied zum Budget: Bei Kindern wird nicht gespart - Aktuelle Aussprache im Unterrichtsausschuss](#)

[Schmied zum Budget: Bei Kindern wird nicht gespart Aktuelle Aussprache im ...](#)

[PLATTFORM EDUCARE](#)

[Selbstverständnis](#)
[Forderungen](#)
[Mitslieder](#)
[Presse-Aussendungen](#)
[Wochenreport für die Homepage <http://www.Plattform-EduCare.org> von Netzaehler.de.](#)

[STELLENAUSSCHREIBUNGEN](#)

[Ausschreibung einer Verwaltungsprofessur für Elementarpädagogik/Sprache \(W2, 50%, drei Jahre\) im Studiengang Elementarpädagogik an der FH Osnabrück](#)

[VERANSTALTUNGEN UND EVENTS](#)

[Kindgemäße Pädagogik - Veranstaltungen und Events](#)

[Termininfos aus dem Online-Veranstaltungskalender der KÖCK-PRIVATSTIFTUNG](#)

[16. März, Graz: Symposium 'Dem Lernen Raum geben'](#)
[19. - 21. März Innsbruck: 'Wertvolle Jugend' - Montessori Frühjahrsforum 2010](#)
[26. - 30. März Hinterthiersee: Freinet Ostertreffen](#)
[10. April, Wien: Fest!!! der Initiative BildungGrenzenlos](#)
[14.-16. April, Wien: ECHA Österreich Tagung 2010](#)
[15.-17. April, Emmersdorf: natur.wissen.schaffen - Forschergeist von Anfang an](#)
[24. April, Pottenbrunn: noe:reform.tag](#)

[IMPRESSUM UND HINWEISE](#)

[MEINUNG](#)

"KURIER"-Kommentar von Magdalena Rauscher-Weber: "Geben und nehmen"

Um das Budget zu sanieren, soll bei den Familien gespart werden. Das ist fragwürdig.

Wien (OTS) - Es war ein gutes Jahr für die Familien: Die Kinderbetreuungskosten sind absetzbar, der Kinderabsetzbetrag wurde erhöht, die Familienbeihilfe gibt es 13-mal, der **Kindergarten** ist beziehen.

Das ist mehr, als viele erwartet hätten. Kaum ist alles wirksam und spürbar (mit dem Steuerausgleich für 2009 kommt jetzt etwa das Geld für die **Kinderbetreuung** retour), wird wieder über Einsparungen debattiert.

Vor einem Jahr, als Finanzminister Pröll das großzügige Familienpaket angepriesen hat, war längst klar, dass die Wirtschaftskrise auch zur Budgetkrise führen wird. Jetzt ist sie da. Und wieder stehen die Familien im Blickpunkt. Mehr als 230 Millionen Euro sollen 2011 in diesem Bereich eingespart werden. Das ist mehr, als andere Ressorts beitragen müssen. Die 13. Familienbeihilfe, die noch schnell vor der Wahl 2008 beschlossen wurde, kostet 250 Millionen im Jahr - sie scheint akut gefährdet.

Wie gewonnen, so zerronnen, könnte man sagen. Aber so einfach ist das nicht. Der Finanzminister wollte mit der Familienförderung Prioritäten setzen und die kann man nicht einfach verschieben, wenn das Geld knapp wird - auch wenn gerade keine Wahlen anstehen.

Rückfragehinweis:
KURIER, Innenpolitik
Tel.: (01) 52 100/2649
<mailto:innenpolitik@kurier.at>
www.kurier.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/129>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

"Tiroler Tageszeitung" Kommentar: "Patriarchat bleibt fest verwurzelt" (Von MIRIAM SULAIMAN)

Utl.: Ausgabe vom 11. März 2010 =

Innsbruck (OTS) - Gerade einmal 4,7 % der BürgermeisterkandidatInnen sind weiblich. So besteht keine Aussicht auf Besserung.

Wir leben im Jahr 2010. Davon ist bei der Gemeinderatswahl nichts zu spüren. Nur 27 Frauen treten als Bürgermeisterkandidatinnen an. Ihnen gegenüber stehen 543 Männer. Es haben zwar mehr Frauen nun Chancen als bei der letzten Wahl, aber es sind gerade einmal fünf! Und das in 276 Orten. Damit ist im Vorhinein klar: Die marginale Vertretung weiblicher Führungskräfte in der Gemeindepolitik bleibt bestehen. Sie verfestigt sich sogar. Und das ist kein Wunder. Gleichstellung ist außerhalb der Landeshauptstadt ein Fremdwort. Was, eine Frau will mitreden? Nein, die soll sich um ihre Sachen kümmern. Die **Kinderbetreuung** soll ausgebaut werden? Nein, die Frauen sollen doch nicht im Kaffeehaus sitzen. Eine Frau unter den KandidatInnen? Ja, natürlich - auf Platz 5.

Das ist kein Auszug aus Gesprächen vor 40 oder 50 Jahren. Sondern von heuer. Das patriarchische Denken ist speziell in kleinen Gemeinden am Land fest verankert. Das Sagen haben die Männer. Weil das immer schon so war. Dass es eindeutige Studien gibt, die beweisen, dass ein ausgeglichener Frauenanteil sich positiv auswirkt, davon wollen sie nichts wissen. Und zugleich heißt es, dass sich die Frauen ja nicht zur Wahl stellen. Eine faule Ausrede, sonst nichts. Der Grund liegt auf der Hand: Frauen trauen sich viel zu selten aufzubegehren - in diesem patriarchischen Umfeld, wo ihnen der Widerstand nur so entgegenbläst.

Gerade auf der Ebene der Kommunalpolitik wäre ein Ausgleich aber wichtig. Hier zeigt sich, welche Auswirkungen ein Gesetz hat und wo die Bürger der Schuh drückt. Auf die Kompetenzen der Frauen etwa im sozial-kommunikativen Bereich wird verzichtet - und das geht genauso zu Lasten der Männer. Die miserable Frauenquote ist somit auch ein Defizit für die Männer. Dieses System zu ändern, dafür besteht am Sonntag so gut wie keine Chance - erst wieder 2016.

Rückfragehinweis:

Tiroler Tageszeitung, Chefredaktion Tel.: 05 04 03 DW 610

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/213>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

TOP-THEMA

Kind(heit) in der Enge - Kinderarmut in Österreich

Martin Schenk

Mag Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich und Mitinitiator der Armutskonferenz, Psychologe.

Was ist Armut?

Armut sagt sprachlich, dass es an etwas mangelt, Reichtum, dass etwas in Fülle da ist. „Arm ist derjenige, dessen Mittel zu seinen Zwecken nicht zureichen“, merkte Georg Simmel knapp an. Armut ist relativ. Sie setzt sich stets ins Verhältnis, egal wo. Sie manifestiert sich in reichen Ländern anders als in Kalkutta. Menschen, die in Österreich von 300 oder 500 € im Monat leben müssen, hilft es wenig, dass sie mit diesem Geld in Kalkutta gut auskommen könnten. Die Miete ist hier zu zahlen, die Heizkosten hier zu begleichen und die Kinder/Jugendlichen gehen hier zur Schule.

Armut ist das Leben, mit dem die wenigsten tauschen wollen. Arme Jugendliche haben die schlechtesten Jobs, die geringsten Einkommen, die kleinsten und feuchtesten Wohnungen, sie haben die krankmachensten Tätigkeiten, wohnen in den schlechtesten Vierteln, gehen in die am geringsten ausgestatteten Schulen, müssen fast überall länger warten - außer beim Tod, der ereilt sie um einige Jahre früher als Angehöriger der höchsten Einkommensschicht.

Die Statistik Austria (2009) spricht von „manifeste Armut“ wenn neben einem geringen Einkommen deprivierte Lebensbedingungen auftreten: Die Betroffenen können sich abgetragene Kleidung nicht ersetzen, die Wohnung nicht angemessen warm halten, keine unerwarteten Ausgaben tätigen, sie weisen einen schlechten Gesundheitszustand auf, sind chronisch krank, leben in feuchten, schimmlichen Wohnungen.

Mangel an Möglichkeiten - Verwirklichungschancen

Armut ist einer der existenziellsten Formen von Freiheitsverlust. Armut ist nicht nur ein Mangel an Gütern. Es geht immer auch um die Fähigkeit, diese Güter in Freiheiten umzuwandeln. Güter sind begehrt, um der Freiheiten willen, die sie einem verschaffen. Zwar benötigt man dazu Güter, aber es ist nicht allein der Umfang der Güter, der bestimmt, ob diese Freiheit vorhanden ist. Die Freiheit zum Beispiel über Raum zu verfügen: aus einer runtergekommen Wohnung wegziehen können oder eben nicht. Oder sich frei ohne Scham in der Öffentlichkeit zu zeigen oder nicht. In Armut kann man sein Gesicht vor anderen verlieren. Oder die Verfügbarkeit über Zeit: Frauen mit Kindern in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen wie Leiharbeit, die nicht entscheiden können, wann und wie lange sie arbeiten und wann eben nicht. Oder die Freiheit sich zu erholen. Die sogenannte Managerkrankheit mit Bluthochdruck und Infarkttrisiko tritt bei Armen dreimal so häufig auf wie bei den Managern selbst. Nicht weil die Manager weniger Stress haben, sondern weil sie die Freiheit haben, den Stress zu unterbrechen: mit einem Flug nach Paris oder einer Runde Golf. Armut ist ein Mangel an Möglichkeiten. Arme sind Subjekte, keine Objekte ökonomischen Handelns. Von Freiheit können wir erst sprechen, wenn sie auch die Freiheit der Benachteiligten miteinschließt. Liberalisierung, die die Wahlmöglichkeiten und Freiheitschancen der Einkommensschwächsten einschränkt, ist eine halbierte Freiheit. Bei der Analyse sozialer Gerechtigkeit geht es immer auch darum, den individuellen Nutzen nach den „Verwirklichungschancen“ der Ärmsten zu beurteilen.

Der Birnbaum

Denn Freiheit erschließt sich für den Menschen, der vor einem Baum voll mit Birnen steht, nicht dadurch, dass es einen Birnbaum gibt;

sondern erst dadurch, dass dem Kleinsten eine Leiter zur Verfügung steht. Das sind die Möglichkeiten, die es braucht um Güter in persönliche Freiheiten umzusetzen. Möglichkeiten sind Infrastruktur, ein Bildungssystem, Leitern sozialen Aufstiegs, Kinderbetreuung zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, etc. Alle gute Ausbildung nützt nichts, wenn es keine Jobs gibt. Und alle Möglichkeiten nützen nichts, wenn der Birnbaum mit einer Mauer abgesperrt ist. Freiheit erschließt sich aus dem Zusammenwirken von Gütern, Möglichkeiten und Fähigkeiten. Freiheit erschließt sich aus Solidarität. Um die 100 000 Kinder und Jugendliche sind „manifest arm“. 44 000 Kinder und Jugendliche verbringen ihre Tage unter Sozialhilfebedingungen.

Arme Kinder von heute sind die chronisch Kranken von morgen

Bei Kindern von Erwerbslosen und SozialhilfeempfängerInnen treten überproportional asthmatische Erscheinungen und Kopfschmerzen auf. Teilt man die Gesellschaft in drei soziale Schichten, treten bei Kindern in der unteren Schicht mehr Kopfschmerzen, Nervosität, Schlafstörungen und Einsamkeit auf (Klocke/Hurrelmann 1995). Diese Kinder tragen die soziale Benachteiligung als gesundheitliche Benachteiligung ein Leben lang mit. Sie sind auch als Erwachsene deutlich kränker als der Rest der Bevölkerung. Arme Kinder von heute sind die chronisch Kranken von morgen.

Scham

Dazu kommt die Scham, die eigene Armutssituation zu zeigen. Sich in den Augen der anderen als "Loser" präsentieren zu müssen, darauf haben besonders diejenigen, die von sozialem Absturz bedroht sind, keine Lust. Wenn das eigene Ansehen bedroht ist, fühlen wir Scham. Menschen, die bereits mit dem Rücken zur Wand leben, versuchen, solange es ihnen möglich ist, die Normalität nach außen aufrecht zu erhalten. Die Kinder sollen mit den anderen mit können, die Nachbarn brauchen sich nicht den Mund zu zerreißen. Es ist eine Form der Selbstachtung, ein Selbstschutz, das Gesicht vor den anderen nicht zu verlieren. Wenn die Scham weg ist, bricht der Mensch. Bei Wohnungslosen ist es ein großer Schritt, wenn sie sich wieder pflegen, duschen, auf ihr Äußeres schauen können. Das braucht zusätzlich zu den schwierigen Lebensumständen nochmals viel Energie.

Die Dauerüberanspruchung der eigenen Ressourcen macht Menschen verletzlicher und schwächt die Widerstandsfähigkeit. So schwinden die persönlichen Ressourcen innen wie auch die sozialen von außen. Die Vulnerabilität, die Verwundbarkeit wird höher. Ein Beispiel aus der Praxis einer Beratungsstelle: Der Vater eines Mädchen in der dritten Klasse Volksschule ist seit zwei Jahren arbeitslos. Die Mutter ist Hausfrau. Aufgrund der Arbeitslosigkeit haben sich die Schulden der Familie dramatisch angehäuft. Die persönlichen Kontakte der Familie ändern sich, die Kontakte nach außen werden reduziert. Das Kind nimmt an keinen teuren Schulveranstaltungen mehr teil. Die Probleme werden jedoch nicht offen ausgesprochen, die Tochter wird oft krank gemeldet. Auch mit den Familien der SchulkollegInnen werden kaum noch Kontakte gepflegt. Es herrscht offensichtlich Angst vor dem Einblick in die soziale Situation.

Welche subjektiven Bewältigungsstrategien Kinder in Armutsverhältnissen ergreifen untersuchte Richter (2000) in einer groß angelegten Studie. Die vier möglichen Strategien waren 1. Mit sich selbst ausmachen, 2. Soziale Unterstützung suchen/gewähren, 3. Anstatt-Handlung/ Haltung (beschreibt die Umbewertung von Ereignissen, beispielsweise in der Form, dass ein Kind sich einzureden versucht, ein sehnlichst gewünschtes Spielzeug sei gar nicht schön, oder es wolle mit bestimmten Kindern, von denen es ausgeschlossen wurde, ohnehin nichts zu tun haben) und 4. An die Umwelt weitergeben (umfasst sowohl aggressive Verhaltensweisen als auch Forderungen an die Eltern). Die Kategorie „mit sich selbst ausmachen“ wurde am häufigsten genannt. Sie beschreibt ein Verhalten, dass die Kinder u.a. mit weggehen, nachdenken, an etwas anderes denken beschreiben.

Armut beschämt. Armut macht krank. Armut ist Stress. Armut macht einsam. Armut nimmt Zukunft.

Je früher, je schutzloser und je länger

Die Chance aus der Armut herauszukommen, steht in enger Wechselbeziehung zu gesellschaftlicher Ungleichheit insgesamt. Je sozial gespaltener eine Gesellschaft ist, desto mehr Dauerarmut existiert. Je mehr Dauerarmut existiert, desto stärker beeinträchtigt sind die Zukunftschancen sozial benachteiligter Jugendlicher. Je früher, je schutzloser und je länger Kinder in Armutssituation ausgesetzt sind, desto stärker die Auswirkungen.

Durchschnittliche soziale Mobilität

Trotz der im europäischen Vergleich geringen Kinderarmut schneidet Österreich in der sozialen Mobilität „nach oben“ nur durchschnittlich ab. Die soziale Herkunft entscheidet überaus stark den weiteren Lebensweg. Das Haushaltseinkommen bestimmt in Österreich maßgeblich den Bildungsweg der Kinder.

61 000 armutsgefährdete Kinder wohnen in äußerst beengten Verhältnissen, sie leben in überbelegten Wohnungen, das heißt sie haben mit großer Wahrscheinlichkeit zu wenig Platz zum Spielen und Arbeiten, keinen eigenen Schreibtisch. Der eigene Platz zum Lernen, sich zu Konzentrieren ist ein Faktor, der in den OECD-Bildungsstudien als wichtiger Indikator für Lernerfolg beschrieben ist.

In äußerst beengten Verhältnissen und überbelegten Wohnungen ist es für die Kinder schwieriger, Aufgaben zu fokussieren. Aber es muss gehen. Die älteste Tochter von Frau Kellner, Petra, passt auch an vier Nachmittagen auf die kleineren Geschwister auf. Da ist die Mutter bei der Arbeit. Und wenn die Mutter nicht mehr kann, springt sie ein. „Im letzten Winter haben sie uns den Strom abgedreht“, erinnert sich Bettina Kellner. Es war bitter kalt in der Wohnung. „Die Kinder haben geweint.“ Und wochenlang nicht gelernt. „Petra, jetzt 15, fühlt alles akut mit, sieht, dass wir mit den täglichen Aufgaben allein dastehen. Nahe Verwandte in der Nähe gibt es nicht und meine Mutter ist selbst bettlägerig.“ Das Mädchen ist mit der Schule und den Herausforderungen der Pubertät eigentlich überfordert, knickt immer wieder ein, wird krank und von lähmender Müdigkeit befallen. Viele Jugendliche reagieren mit depressiven Verstimmungen auf belastende und überfordernde Situationen.

Es ist nicht ein Faktor, der zu schlechten Schulleistungen führt. Es ist auch nicht ein Faktor, der Kinder aus ökonomisch benachteiligten Familien geringe Aufstiegschancen beschert. Es ist die Kombination aus einem Bündel von Kriterien: Eine überbelegte Wohnung fällt zusammen mit einer Halbtagsschulordnung. Wenig Einkommen trifft auf ein einkalkuliertes Nachhilfesystem. Keine Unterstützung zu Hause kommt mit eigener Erschöpfung und Unkonzentriertheit zusammen.

"Wo stehst du, wenn du 30 Jahre alt bist?", wurden die Fünfzehnjährigen in ganz Europa im Rahmen der PISA-Studie gefragt. Ergebnis: In Österreich trauen sich Jugendliche aus Familien mit geringem sozioökonomischen Status weniger zu als Jugendliche aus vergleichbaren Familien in Finnland oder Kanada. Man weiß, wer wohin gehört. In Österreich erwarteten sich die 15jährigen, die bereits nach ihrer vermeintlichen Leistungsfähigkeit zugewiesen wurden, deutlich weniger von ihrer Zukunft als in Ländern, in denen soziale Aufstiegschancen besser gewährleistet werden. Aus armen Kindern werden arme Eltern, aus reichen Kindern werden reiche Eltern. Ob eine Schule sozial integrativ ist oder nicht, liegt an der Schulorganisation genauso wie an der Unterrichtsqualität, genauso wie an der Schulraumarchitektur genauso wie an der Lehrerbildung. Das eine ist vom anderen nicht zu trennen. Damit Zukunft nicht von der Herkunft abhängt, braucht es einen Bildungsweg, der nicht sozial selektiert, sondern individuell fördert, es braucht eine gut ausgebaute Frühförderung vor dem Schuleintritt, und es braucht den politischen Willen, um wachsender sozialer Polarisierung entgegenzutreten. Wichtig wäre auch, Schulen in sozial benachteiligten Bezirken oder Regionen besonders gut auszustatten und zu fördern, damit sie für alle Einkommenschichten attraktiv bleiben.

In Finnland besuchte ich einmal eine Schule im Osten, in einer Region mit relativ hoher Arbeitslosigkeit und sozialen Problemen. Als ich die Direktorin fragte, was ihre Schule denn ausmache, zeigte sie auf zwei Bilder hinter sich an der Wand, dort waren zwei kurze finnische Sätze gerahmt. „Das ist mir wichtig“, sagte sie: „Keinen Schüler aufgeben“ und „Kein Kind beschämen“.

Was den Schwachen gut tut, nützt auch den Starken. Wenn die Bedingungen stimmen. Denn wenn es zu wenig Integrationslehrer für

Kinder mit Behinderungen gibt, wenn geschlossene „Ausländerklassen“ zum Deutschlernen errichtet werden, wenn zweisprachige Begleitlehrer an allen Ecken fehlen, wenn leistungshomogene Restklassen entstehen, wenn die Klassen überfüllt sind, wenn die Raumarchitektur flexible Lernformen nicht zulässt – dann wird es nichts mit dem Nutzen für alle.

Die Frage, wie Kinder, die schwächer sind, gestärkt werden können, ist ja nicht neu: sozial benachteiligte Kinder, Kinder, die aufgrund ihrer Herkunftsfamilie Probleme haben, Kinder mit Behinderungen oder einfach solche, die die Unterrichtssprache noch nicht gut beherrschen. Die Idee, homogene Gruppen mit den Schwächeren zu bilden und diese im Namen der Integration von den Stärkeren zu trennen, ist auch nicht neu. Es waren immer die Gleichen, die von den Schwächeren „Integration“ gefordert haben, um sie dann – wenn's ernst wurde – in Segregationsmodelle zu stecken. „Wer nicht in das Schema passt, wird in eine Nische geschoben und dort von Spezialisten unterrichtet. Das ist ein System mit abschiebender Wirkung“, stellt der Leiter der Grazer Forschungsabteilung für Schulentwicklung, Werner Specht, fest.

Integration von benachteiligten Kindern und Jugendlichen heißt: soziale Teilhabemöglichkeiten, ihre Ressourcen und Fähigkeiten stärken – und setzt ein institutionelles Umfeld voraus, das mit Unterschieden produktiv umgehen kann. Das gilt für Kinder mit Behinderungen genauso wie für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf und Kinder mit mangelnden Deutschkenntnissen. Und: Integration kann allen nützen. Die Starken verlieren nicht. Im Gegenteil. Sie profitieren von den Lernbedingungen, die den Schwachen helfen. Das zeigen alle Schulvergleichsstudien.

In Finnland (sechs Prozent), Schweden (13 Prozent) und den Niederlanden (elf Prozent) finden sich deutlich weniger Schüler am unteren Ende der Leistungsverteilung als in Österreich (21 Prozent). Gleichzeitig erreichen 15 Prozent der finnischen, elf Prozent der schwedischen und neun Prozent der niederländischen Schüler mit Level fünf den obersten Leistungsbereich im Lesen (in Österreich acht Prozent). Die Förderung von Spitzenleistungen muss nicht auf Kosten der Förderung von schwachen Schülern gehen. Vielmehr können Schulsysteme ihre Besten für Spitzenleistungen qualifizieren, gleichzeitig aber dafür sorgen, dass der Abstand der schwächsten Schüler zu den besten gering ist. Das zeigt, dass Schulsysteme, die Risikogruppen möglichst klein halten, allen Kindern bessere Möglichkeiten bieten. Die Förderung von Kindern, die aus armutsgefährdeten Haushalten kommen, geht somit ganz und gar nicht auf Kosten der Entwicklung von Talenten und Fähigkeiten aller Kinder oder besonders begabter Kinder.

Was es braucht, sind Lernbedingungen, die allen Vorteile bringen: „Der Weg, auf dem die Schwachen sich stärken, ist derselbe wie der Weg, auf dem die Starken sich vervollkommen“, hat die Pädagogin Maria Montessori formuliert, als sie im Armenviertel Roms ihre „Casa Bambini“ errichtete.

Finanzdesaster: Herzinfarkt

Mittlerweile versuchen auch Kommentatoren uns glauben zu machen, dass es sich bei der Finanzkrise bloß um einen „Topathleten mit Muskelkater handle, der mit etwas Ruhe und Physiotherapie schon den Kater behebe – anstatt die Krise als Herzattacke eines sechzigjährigen Rauchers zu verstehen, für dessen Heilung eine Operation und massive Veränderungen im Lebenswandel vonnöten wären“, analysiert treffend der Ökonom Robert Wade von der Londoner School of Economics. Aktuell erleben wir kein „Kriserl“, keinen Muskelkater, sondern einen ordentlichen Herzinfarkt. Ein Systembeben. Business as usual. Die Finanzkrise wird bereits „abgesagt“. Die Ober-Absageagenturen sind Währungsfonds, die selben Wirtschafts-„experten“ von vor der Krise und der Finanzminister. Dabei steht die soziale Krise erst vor der Tür. Besonders auch Jugendliche am Arbeitsmarkt. Praktisch, die Absage: Jetzt braucht es urplötzlich keine sozialen oder konjunkturellen Maßnahmen mehr. Im Gegenteil, noch praktischer: jetzt ist kein Geld mehr da für Mindestsicherung, und Schulreform. Und noch viel überpraktischer: Jetzt muss das Geld gespart werden, das zur Rettung des Finanzsektors ausgeben wurde. Und wo wird gespart? Natürlich bei Sozialem Gesundheit und Bildung. – während es für den Finanz- und Bankensektor Milliarden Steuergelder ohne vergleichbar strenge Auflagen gab, vermögensbezogene Steuern tabuisiert und mit Steuergeld höchst unvorsichtige Investments in Steueroasen getätigt wurden. Die Abschaffung der Schenkungs- und Erbschaftssteuer, als Bagatelsteuer bezeichnet, beträgt genau die Summe der Mindestsicherung auf Bundesebene: 150 Mio. Immer wenn es um die ärmsten Prozent der Bevölkerung geht, ist kein Geld da oder droht der Staatsbankrott. Dieses Muster ist bei der Verschlechterung der Mindestsicherung genauso wie bei den Zuschlägen beim Kindergeld beobachtbar.

In einer wirtschaftlichen Rezession historischen Ausmaßes mit seinen sozialen Folgen von Arbeitslosigkeit und Armut geht es um die Steuerungsinstrumente, die noch das Ganze, das Gemeinwohl, im Auge haben. Denn jeder macht das für sich Vernünftige, aber für das Ganze Falsche. Die Privathaushalte sparen und halten sich im Konsum zurück. Die Unternehmen entlassen Beschäftigte und investieren nicht. Die Banken geben aus Vorsicht keine Kredite an Unternehmen. Wenn die Republik jetzt auch spart und bei Sozialleistungen und Infrastruktur kürzt, verschärft sie die Krise. Deshalb muss die res publica, unsere gemeinsame Sache, das Ganze im Auge behalten und steuern. Auch bei den Einnahmen.

Die Konjunkturprogramme sind in Europa im Vergleich zu Amerika verhältnismäßig gering. USA 5,6%, China 7,1%, EU 1,2%. Jeder Kontinent hat andere Herausforderungen, okay. Es müssen aufgrund der besseren Sozialsysteme auch nicht 5% sein. Aber es gibt hier noch beträchtlichen Handlungsspielraum. Besonders darin, konzentriert und mehr vom Richtigen zu tun, wie Investitionen in die Zukunftssektoren sozialer Dienstleistungen oder Bildung. In den österreichischen Konjunkturpaketen kommen hingegen die blinden Flecken von John Maynard Keynes zum Tragen: Kein Blick für Armut und für den sozialen Dienstleistungssektor. Der Wirtschaftsnohbelpreisträger Amartya Sen hat in einem interessanten Aufsatz in der „New York Review“ auf diese Schwachstellen des Altk Keynesianismus hingewiesen. In den Konjunkturpaketen hierzulande werden die Einkommensschwächsten zu wenig berücksichtigt und die Möglichkeiten im Dienstleistungssektor nicht wahrgenommen. So laufen zwei Drittel in die Steuerreform, und nur ein Drittel in Infrastruktur.

Dabei könnten wir einiges machen. Es ist nicht zu spät. „Investiert man eine Million Euro in Kindergärten schafft man 15 Vollzeit-Arbeitsplätze“, hat Prof. Ulrike Schneider von der Wiener Wirtschaftsuniversität errechnet., das heißt jede weitere Million an Ausgaben der Kindertageseinrichtungen generiert gesamtwirtschaftlich zusätzliche 15 Vollzeit-Arbeitsplätze. Dieser Multiplikatoreffekt im sozialen Feld kann sich mit anderen Sektoren sehen lassen: Die Stromwirtschaft weist einen Beschäftigungsmultiplikator von 13 auf, der Bausektor von 11. Am höchsten schneidet die Tourismuswirtschaft mit einem Vielfachen von 19 ab. Soziale Dienstleistungen sind eine Produktivkraft. Sie haben drei Funktionen. Sie sorgen für Wachstum, stabilisieren die Wirtschaft und stiften sozialen Ausgleich. Sie haben Wachstumsfunktion bei Beschäftigung. Sie haben stabilisierende Funktion, weil sie Teilhabe sichern und Nachfrage über den Konjunkturzyklus bereitstellen. Und sie erfüllen die Funktion des sozialen Ausgleichs. Besonders die Dienstleistungen in Pflege, Kinderbetreuung und Bildung reduzieren das Armutsrisiko und verteilen zu den Schwächeren um. Österreich liegt mit seinen Sozialdienstleistungen unter dem EU-Durchschnitt. Sowohl bei der Pflege als auch bei der Kinderbetreuung. Hier gibt es viel ungenütztes Potential, das brach liegt.

Zusammenfassung

Kinder, die in Armutsverhältnissen leben, haben arme Eltern. Sie sind zugewandert, erwerbslos, alleinerziehend, psychisch oder physisch beeinträchtigt oder haben Jobs, von denen sie nicht leben können. Jede Strategie gegen Jugendarmut muss deshalb auch eine Strategie für ein existenzsicherndes Einkommen der Eltern sein. Kinder, die in Armutsverhältnissen aufwachsen, sind geschwächt. Jede Strategie gegen Jugendarmut muss deshalb auch Jugendliche stärken und in ihre Ressourcen investieren. – Kinder, die in Armutsverhältnissen aufwachsen, haben ein hohes Risiko als Erwachsene wieder arm zu werden. Jede Strategie gegen Jugendarmut muss deshalb diesen Kreislauf durchbrechen; zB Bildungs- wie Lernbedingungen zur Verfügung stellen, die integrieren, nicht selektieren.

Damit es für sozial benachteiligte Jugendliche Zukunft gibt - trotz Herkunft.

STATISTIK AUSTRIA (2009): EU SILC 2007.

DIMMEL/HEITZMANN/SCHENK (2009): Handbuch Armut in Österreich. Studienverlag.

KLOCKE/ HURRELMANN (1995) : Armut und Gesundheit. Inwieweit sind Kinder und Jugendliche betroffen? in: Zeitschrift für Gesundheitswissenschaften, 2.Beiheft, S. 138-151

RICHTER (2000): Wie erleben und bewältigen Kinder Armut? Eine qualitative Studie über die Belastungen aus Unterversorgungslagen und ihre Bewältigung aus subjektiver Sicht von Grundschulkindern einer ländlichen Region. Aachen.

SPECHT (2007): Abschiebende Wirkung, in: Diakonie Themen Nr 144-3, S 10-13.

OECD (2004): Lernen für die Welt von morgen. Erste Ergebnisse von PISA 2003, Paris.

SCHENK/ MOSER (2010): Es reicht. Für alle. Wege aus der Armut. Zsolnay-Deuticke.

STATISTIK AUSTRIA (2009): EU SILC 2007.

DIMMEL/HEITZMANN/SCHENK (2009): Handbuch Armut in Österreich. Studienverlag.

KLOCKE/ HURRELMANN (1995) : Armut und Gesundheit. Inwieweit sind Kinder und Jugendliche betroffen? in: Zeitschrift für Gesundheitswissenschaften, 2.Beiheft, S. 138-151

RICHTER (2000): Wie erleben und bewältigen Kinder Armut? Eine qualitative Studie über die Belastungen aus Unterversorgungslagen und ihre Bewältigung aus subjektiver Sicht von Grundschulkindern einer ländlichen Region. Aachen.

SPECHT (2007): Abschiebende Wirkung, in: Diakonie Themen Nr 144-3, S 10-13.

OECD (2004): Lernen für die Welt von morgen. Erste Ergebnisse von PISA 2003, Paris.

SCHENK/ MOSER (2010): Es reicht. Für alle. Wege aus der Armut. Zsolnay-Deuticke.

ALLGEMEINE ÜBERSICHTEN

APA-Meldungen Zukunft/Wissen

AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR ELEMENTARPÄDAGOGINNEN AN DEN PÄDAGOGISCHEN HOCHSCHULEN

PH-Online

AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR ELEMENTARPÄDAGOGINNEN (OHNE PH'en)

Übersicht

BILDUNGSANSTALTEN FÜR KINDERGARTENPÄDAGOGIK

Übersicht BAKIP's

Übersicht Aus- &
Fortbildung an
BAKIP's

Bildungsanstalt für KindergartenpädagogInnen der Stadt Wien informiert über Lehrgänge "Pick up" und "Change".

Kommenden Montag, den 15. März, öffnet die bakip21, die Ausbildungsstätte für KindergartenpädagogInnen der Stadt Wien in Floridsdorf in der Patrizigasse 2, für Interessierte ihre Pforten. Von 9 bis 13 Uhr besteht die Möglichkeit, diesen kreativen und eigenverantwortliche Beruf in seinen vielen Facetten zu erleben und das Aufgabenfeld von KindergartenpädagogInnen kennen zu lernen.

Das Angebot reicht von Ausstellungen zum Thema Kindergartenpraxis, über selbstgebaute Musikinstrumente wie Bambusflöten bis hin zum Besuch von Unterrichtssequenzen und einem Rahmenprogramm im Festsaal. Das Besondere ist der unmittelbare Kontakt zu den Studierenden, die auch durch das Schulhaus führen und die Schwerpunkte der Ausbildung präsentieren.

Eröffnet wird die Veranstaltung um 9 Uhr durch die Direktorin der Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik der Stadt Wien, Dr. Brigitte Cizek. "Gemeinsam mit dem Team der bakip21 und in Kooperation mit dem AMS Wien sowie der VHS Floridsdorf werden wir wieder vielen Interessenten unsere Ausbildungslehrgänge zur Weiterqualifizierung bzw. für BerufsumsteigerInnen, "Pick up" und "Change", näher bringen", betont Brigitte Cizek. Weitere Infos: www.paedagogika.at

<http://www.vienna.at/news/wien/artikel/ausbildung-zur-kindergartenpaedagogin-tag-der-offenen-tuer/cn/news-20100310-01382145>

BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG

Presseaussendung der Statistik Austria "Über 80 Prozent der Bachelorabsolventinnen und -absolventen beginnen ein Masterstudium"

→ http://www.statistik.at/web_de/presse/044103

Sabine Schwach

Medien- und Informationspolitik
 Statistik Austria
 Guglgasse 13
 1110 Wien
 Tel.: +43(1)711 28/7777

Bildung: Kinder mit Migrationshintergrund deutlich seltener in Kitas

FOCUS Online

Dabei benötigten Migrantenkinder frühkindliche Bildung am dringendsten. Unterdessen appellierte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, ...

Bildung: Hintergrund: Der Bologna-Prozess

ZEIT ONLINE

Hamburg (dpa) - Die Bildungsminister von 29 Staaten haben 1999 im italienischen Bologna einen europäischen Hochschulraum vereinbart. ...

"Bologna-Reform als Chance nutzen" Spiegel Online

BILDUNGSPOLITIK

Bildungsferne Schichten - RUDOLF TASCHNER (Die Presse) - Mitgefühl und Hybris.

Seit Jahrzehnten vernimmt man sie: die Klage, an die Universitäten würden vor allem jene streben, die aus einem Elternhaus stammen, in dem es gang und gäbe ist, studiert oder wenigstens maturiert zu haben. Viel zu wenige gelangten an die Universität, die in den „bildungsfernen Schichten“ aufwuchsen.

Dieser Begriff der „bildungsfernen Schichten“, eigentlich ein Euphemismus dessen, was man früher brutal die „Unterschichten“ nannte, prägte sich seither immer mehr in das Vokabular von Bildungsexperten und Politikern ein. Gleichsam als ob dies ein konstanter Block innerhalb unserer Gesellschaft wäre, aus dem junge Menschen mit Benachteiligungen in ihren Karrierechancen hervorkämen. Und damit verwoben – sicher unbewusst, aber doch spürbar – ist einerseits das Mitgefühl, andererseits die Hybris jener, deren Schicksal sie vor der Zugehörigkeit zu den „bildungsfernen Schichten“ bewahrte.

Doch weder Mitgefühl, schon gar nicht Hybris ist angebracht. Und anscheinend fruchten auch gut gemeinte Appelle, Universitäten für aus „bildungsfernen Schichten“ kommende junge Leuten zu öffnen, wenig. In Wahrheit gilt es, bildhaft gesprochen, den Stier bei den Hörnern zu packen. Will sagen: Alle Bemühungen haben sich danach auszurichten, den nur scheinbar unveränderlichen Block der „bildungsfernen Schichten“ aufzuweichen. Nicht allein dadurch, dass man die aus ihm kommende junge Generation von ihm weglocken möchte, sondern dass man diesen Block selbst mit attraktiven Bildungsangeboten durchlöchert.

Nirgends steht geschrieben, Bildung dokumentiere sich am Maturazeugnis oder an der Sponion. Es gibt auch sie, die Ungebildeten wie Wagner in Goethes Faust. Im Umkehrschluss ist niemand, der allein die Pflichtschule absolviert hat, unbesehen als Angehöriger „bildungsferner Schichten“ zu punzieren. Anders als Ausbildung, die abprüfbar dazu führt, dass man etwas kann, zeichnet sich Bildung dadurch aus, dass sie dazu führt, etwas zu werden: eine bewusste, darüber nachdenkende und dies erwägende Persönlichkeit. Es ist schlicht sinnlos, so etwas prüfen oder zertifizieren zu wollen, gar jemandem sein Bemühen dazu abzusprechen. Im Gegenteil: Es gilt zu ermutigen.

Als Lehrer an der TU Wien fühle ich mich zwar für die Bildung, darüber hinaus aber auch für die Ausbildung von Studenten verantwortlich. Bei Vorträgen im math.space im MQ Wien hingegen bemühe ich mich allein um die Verbreitung von Bildung. Alle können kommen. Und viele kommen. Kunterbunt. „Bildungsferne Schichten“ gibt es hier nicht mehr. Natürlich ist dies nur ein kleiner Beitrag zu einem großen Programm: Nur wenn die Bringschuld geleistet wird, die Verzauberung und Zugkraft, mit der Bildung einhergeht, möglichst weit zu verbreiten, kann die Holschuld verlangt werden, dass sich möglichst viele der Bildung öffnen.

Ein Programm entscheidend für die Zukunft des Landes.

Rudolf Taschner ist Mathematiker und Betreiber des math.space, im quartier21, MQ Wien.

meinung@diepresse.com

("Die Presse", Print-Ausgabe, 11.03.2010)

Rektoren über Budget enttäuscht

derStandard.at - Vor 19 Stunden

Wien - "Verwundert und enttäuscht" ist man bei der Universitätenkonferenz (uniko) über den am Dienstag vom Ministerrat beschlossenen Finanzrahmen für das ...

Weniger Geld für Forschung und Bildung

ORF.at - Vor 20 Stunden

Gestärkt aus der Krise, und das vor allem über Investitionen in Bildung und Innovation: Diese Formel hat die Regierung nicht nur einmal beschworen. ...

57,9 Millionen Euro weniger für Wissenschaft und Forschung

derStandard.at - 09.03.2010

Für Bildung, Forschung, Kunst und Kultur 2011 um insgesamt 104 Mio. Euro weniger als im Budget 2010 geplant Wien - Die von der Regierung immer wieder als ...

Wen der "Budget-Hammer" trifft

Kurier - 09.03.2010

Die Regierung muss im kommenden Jahr 1,7 Mrd. Euro einsparen - auf diese Summe haben sich SPÖ und ÖVP geeinigt. Einbußen bringt der (insgesamt bis 2014 ...

Weniger Budget für Wissenschaft und Bildung

relevant - 09.03.2010

Die von der Regierung immer wieder als Schwerpunkt gepriesenen Bereiche Bildung und Forschung werden im kommenden Jahr mit deutlich weniger Geld auskommen ...

BM:UKK / BMWF

BM:UKK-Homepage

BMWF Homepage

**BUNDESLÄNDERMELDUNGEN,
BUNDESVERFASSUNGSREFORM**

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS
Informationsangebote**BURGENLAND**Burgenland: www.burgenland.at**Meldungen: keine****KÄRNTEN**Kärnten: www.ktn.gv.at**Meldungen:****FPK-KO Kurt Scheuch: Kaiser als Frauenreferent fehl am Platz**

Klagenfurt (OTS) - "Wenn Frauenreferent Peter Kaiser sowie Kärntens SPÖ-Frauen die Lage der österreichischen und Kärntner Frauen kritisieren und die Gleichberechtigung hinter Moldawien und Kirgistan wähen, so kritisieren sie in Wirklichkeit sich selbst. Denn diese Agenden liegen seit Jahrzehnten in den Händen der SPÖ", erklärte heute der Klubobmann der Freiheitlichen in Kärnten, Ing. Kurt Scheuch. Kaiser müsse sich wohl eher fragen, ob er nicht fehl am Platz sei.

Auch die ständige ungerechtfertigte Kritik an fehlenden Kinderbetreuungsplätzen, mache diese durch ständiges Wiederholen nicht wahr. So habe FPK-Frauensprecherin Wilma Warmuth bereits in der Vorwoche darauf hingewiesen, dass in Kärnten zwar 1000 Kindergartenplätze zu viel zur Verfügung stehen, dass aber die Öffnungszeiten der Kindergärten noch immer nicht dem Bedarf der Eltern mit verlängerten Arbeitszeiten angepasst wären. Hier müssten die Gemeinden als Kindergartenerhalter stärker in die Pflicht genommen werden. Zudem sollten sich die Kärntner Gemeinden künftig auf das laufende Konzept von Familienreferent LH Gerhard Dörfler "geförderte Tagesmütterausbildung" zur flexiblen **Kinderbetreuung** konzentrieren.

"Kärnten benötigt keinen Jammerreferenten, sondern Lösungen", so Scheuch. Das Frauenbild der SPÖ werde auch dadurch sehr deutlich, dass bisher keine einzige Frau als Kandidatin für den SPÖ-Vorsitz in Kärnten in Spiel gebracht wurde. "Daraus schließen wir, dass Frauen bei der SPÖ offensichtlich nur am Frauentag Thema sind", so Kurt Scheuch abschließend.

Rückfragehinweis:
Freiheitlicher Landtagsklub
Landhaus
Klagenfurt

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/6753>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

NIEDERÖSTERREICH

Niederösterreich: www.noel.gv.at**Meldungen:**

Pädagogischen Fachtagung: "Dialog Kindergarten-Schule, zeitgemäße Kooperation zwischen Kindergarten und Grundschule" am 9. April 2010 ganztags im NÖ Landhaus

→ Siehe pdf-Beilage „Einladung“

INTERESSENVERTRETUNG DER NÖ FAMILIEN
Landhausplatz 1, Haus 1, Top 2
3109 St. Pölten
TEL.: +43 2742/9005-16499
FAX: +43 2742/9005-16290
E-MAIL: heidemarie.scharner@noel.gv.at
www.interessen-noefamilien.at

4,3 Millionen Euro für Umsetzung des NÖ Suchtplanes

Utl.: Heuras: Devise "Hinschauen statt Wegschauen" =

St. Pölten (OTS/NLK) - "Sucht ist eine psychische Erkrankung, die eine Ursache hat und als solche behandelt und bekämpft werden muss", erklärt Landesrat Mag. Johann Heuras. Zur Umsetzung des NÖ Suchtplanes hat die NÖ Landesregierung in ihrer heutigen Sitzung eine Förderung für das Jahr 2010 in der Höhe von rund 4,3 Millionen Euro beschlossen.

"Bereits im Vorjahr wurde der Ausbau der 23 Suchtberatungsstellen in Niederösterreich abgeschlossen", erinnert Heuras, der auch betont: "Die Suchtproblematik nimmt weiter zu. Wir leben in einer Leistungsgesellschaft, der Druck auf Einzelne wird immer größer und viele können diesem nicht mehr Stand halten. Ob bei legalen Drogen wie Alkohol oder Nikotin, oder bei illegalen Substanzen, die Devise muss Hinschauen statt Wegschauen heißen."

Für den Landesrat ist diese Förderung eine wichtige Hilfe, da "die Betroffenen auf sich alleine gestellt nur schwer aus der Suchtspirale entkommen können". Weltweit wird die Zahl der Menschen, die illegalisierte Substanzen konsumieren auf rund 200 Millionen geschätzt. In Niederösterreich sind geschätzte 164.000 Menschen von Nikotin, 64.500 von Alkohol, 21.000 von Medikamenten und 3.000 bis 5.000 Personen von illegalen Suchtmitteln abhängig. Geschätzte 1.300 Personen befinden sich in einem Substitutionsprogramm.

In Niederösterreich werden Betroffene und Angehörige von Diplomsozialarbeitern, Fachärzten und Psychotherapeuten beraten und betreut. Die Fachstelle für Suchtvorbeugung, Koordination und Beratung ist die Drehscheibe aller Maßnahmen die im NÖ Suchtplan vorgesehen sind. Die Angebote beginnen bereits im **Kindergarten**, wo Pädagoginnen fachlich geschult werden und reichen bis hin zu Projekten mit Eltern, Schulen, Bundesheer, Gemeinden und Betrieben. In über 500 Projekten wurden allein im Vorjahr über 34.000 Personen erreicht.

Die Suchtberatung wurde seit 2002 stetig ausgebaut. Seit 1. Dezember 2006 ist die flächendeckende Versorgung durch die drei Träger "Anton Proksch Institut", "Caritas der Diözese St. Pölten" und "Psychosoziale Zentren GmbH" in Niederösterreich gegeben. Zusätzlich besteht ein Vertrag mit dem "Verein Dialog", der eine zusätzliche Versorgung von niederösterreichischen PatientInnen ermöglicht.

Weitere Informationen: Fachstelle für Suchtvorbeugung, Koordination und Beratung, Dr. Ursula Hörhan, Telefon 02742/314 40, e-mail office@suchtkoordination-noe.at, www.suchtkoordination-noe.at.

Rückfragehinweis:
Niederösterreichische Landesregierung
Stabstelle Öffentlichkeitsarbeit und Pressedienst
Tel.: 02742/9005-12174
www.noel.gv.at/nlk

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/14>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

45 Millionen Euro für Baumaßnahmen in Schulen und Kindergärten

Utl.: Heuras: Investitionen des Schul- und Kindergartenfonds absolut wichtig =

St. Pölten (OTS/NLK) - "Jeder Euro, den wir in unsere Familien und

Kinder investieren, kommt vielfach zurück. Dort, wo familien- und kinderfreundliche Infrastruktur gegeben ist, werden sich auch junge Menschen zu Kindern entschließen und sich Familien ansiedeln. Aus diesem Grund sind die Investitionen aus dem NÖ Schul- und Kindergartenfonds zur Verbesserung der Infrastruktur in unseren Gemeinden absolut wichtig", meinte Bildungs-Landesrat Mag. Johann Heuras im Zusammenhang mit dem heute, 10. März, gefassten Beschluss des NÖ Schul- und Kindergartenfonds, für 222 Bauvorhaben Förderungsmaßnahmen in der Höhe von 19,9 Millionen Euro zu gewähren. Mit diesen Beihilfen wird in Niederösterreich ein Bauvolumen an Schulen und Kindergärten von insgesamt rund 45 Millionen Euro unterstützt.

Für die Aufnahme von Kindern unter drei Jahren in einen **Kindergarten** wurden 56 Projekte eingereicht. Das Land stellt ein Sonderfinanzpaket von insgesamt 11,8 Millionen Euro bereit. "Damit wird den Gemeinden als Schul- und Kindergartenerhalter in Niederösterreich ermöglicht, alle vorgesehenen notwendigen Baumaßnahmen auch wie geplant durchzuführen", so Heuras. Im Schulbereich werden u. a. die Neu-, Um- und Zubauten bzw. die Generalsanierungen der Volksschulen Wiener Neudorf und Hafnerbach bzw. der Hauptschulen Deutsch-Wagram und Ybbsitz unterstützt.

Der NÖ Schul- und Kindergartenfonds stellt mit dieser Beschlussfassung einmal mehr die gute Zusammenarbeit bei der Erfüllung des Bildungsauftrages zwischen dem Land Niederösterreich und den Gemeinden unter Beweis. "Zusätzlich werden mit diesen Beihilfen maßgebliche Impulse für die Wirtschaft in allen niederösterreichischen Regionen gesetzt", betont dazu Heuras.

Nähere Informationen: Büro LR Heuras, Markus Hammer, Telefon 02742/9005-12324, e-mail markus.hammer@noel.gv.at.

Rückfragehinweis:
Niederösterreichische Landesregierung
Stabstelle Öffentlichkeitsarbeit und Pressedienst
Tel.: 02742/9005-12156
www.noel.gv.at/nlk

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/14>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OBERÖSTERREICH



Oberösterreich: www.ooe.gv.at

Meldungen:

Ansturm auf die Kindergärten löst Bauoffensive des Landes aus

nachrichten.at

Durch den beitragsfreien Besuch der Kindergärten und Krabbelstuben wird vor allem in den Einrichtungen der Gemeinden in Wels-Land der Platz knapp. ...

Kein Krippenplatz, kein Job - kein Job, kein Krippenplatz Arbeitslose Frauen werden im Kreis geschickt

Linz (OTS) - Arbeitslose Frauen mit kleinen Kindern befinden sich oft in einer Zwickmühle. Da sie keinen Job haben, bekommen sie keinen Krippenplatz. Und da sie mangels **Kinderbetreuung** dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, wird ihnen schlimmstenfalls sogar das Arbeitslosengeld gestrichen. Die Arbeiterkammer nimmt den heutigen Internationalen Frauentag zum Anlass, auf diesen Missstand hinzuweisen, und bietet betroffenen Frauen Beratung an.

Beim Frauenbüro der Arbeiterkammer Oberösterreich häufen sich Beschwerden von Arbeit suchenden Frauen, die fürchten, in einem Teufelskreis zwischen Arbeitssuche und Kinderbetreuungseinrichtung auf der Strecke zu bleiben.

Die meisten Kinderbetreuungseinrichtungen vergeben Krippenplätze nur dann, wenn die Eltern des Kindes mindestens 20 Stunden pro Woche arbeiten oder eine Schulung besuchen. Das Arbeitsmarktservice wiederum argumentiert in manchen Fällen, die betroffene Frau stehe dem Arbeitsmarkt nur dann zur Verfügung, wenn sie einen Betreuungsplatz für ihr Kind habe. Im schlimmsten Fall wird sogar das Arbeitslosengeld oder die Notstandshilfe gestrichen.

Die Arbeiterkammer rät betroffenen Frauen, sich von der Kinderbetreuungseinrichtung eine schriftliche Bestätigung geben zu lassen, dass das Kind einen Platz bekommt, wenn die Mutter eine Arbeit gefunden hat. Diese Bestätigung sollte die Frau dann beim AMS vorweisen. Bei Problemen können sich die Betroffenen auch an das AK-Frauenbüro wenden, Tel. 050/6906-2141, E-Mail frauen@akoee.at .

Denn Probleme gibt es noch genug. Nicht einzusehen ist etwa, warum Arbeit suchende Frauen dem Arbeitsmarkt zwar mindestens 20 Stunden pro Woche zur Verfügung stehen müssen (bei Frauen mit Betreuungspflichten für Kinder unter zehn Jahren 16 Stunden), ihnen andererseits aber jeder Job über der Geringfügigkeitsgrenze zugemutet werden kann. Das heißt, eine Frau mit einem Kleinkind müsste beispielsweise einen 15-Stunden-Job annehmen, von dem sie nicht leben kann. Sie könnte den Job aber gar nicht annehmen, weil sie - siehe oben - für 15 Wochenstunden keinen Krippenplatz bekommt.

Nicht zuletzt auch durch Initiativen der AK hat sich die Kinderbetreuungssituation in den letzten Jahren stark verbessert. Mit dem Gratis-**Kindergarten** wurde eine langjährige Forderung erfüllt. Dennoch: Mit einer Betreuungsquote von nur 6,7 Prozent bei Kindern unter drei Jahren (ohne Tagesmütter) nimmt Oberösterreich den vorletzten Platz aller Bundesländer ein. Jede dritte Gemeinde hat kein Angebot für Unter-Dreijährige. "Das Angebot muss rasch erweitert werden", fordert deshalb AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer.

Mehr zum Thema **Kinderbetreuung** finden Sie im aktuellen AK-Frauenmonitor auf www.arbeiterkammer.com.

Rückfragehinweis:

Arbeiterkammer Oberösterreich, Kommunikation
Martina Macher
Tel.: (0732) 6906-2190
<mailto:martina.macher@akooe.at>
<http://www.arbeiterkammer.com>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/21>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Gratiskindergarten: Keine Reform auf Kosten des Angebots für Kinder und Eltern!

Utl.: Horner: Finanzierungszusagen für alle Gemeinden müssen eingehalten werden =

Linz (OTS) - "Bei der von ÖVP-Landesrat Stockinger angekündigten Neuregelung der Finanzierung des Gratiskindergartens darf es auf gar keinen Fall zu Verschlechterungen für Kinder, Eltern und das Kinderbetreuungsangebot in den Gemeinden kommen", stellt SPÖ-Landesgeschäftsführer Christian Horner fest.

Horner erinnert daran, dass LH-Stv. Josef Ackerl in seiner Funktion als Gemeindefereferent schon bei der allgemeinen Einführung des Gratiskindergartens wiederholt mit Nachdruck darauf hingewiesen hatte, dass die Reform nicht auf Kosten jener Gemeinden gehen dürfe, die in vorbildlicher Weise dieses Angebot bereits früher für die Kleinen eingeführt hatten. Diese Gemeinden werden für ihre Vorbildwirkung und ihr Engagement finanziell derzeit benachteiligt. Bisher werden bekanntlich "alte", bereits vor dem 1. September 2009 bestehende Kindergartengruppen gegenüber den neuen, für die das Land weit höhere Vergütungen leistet, klar finanziell benachteiligt.

"Die Nachteile bei der Finanzierung müssen ausgeglichen werden!", begrüßt der SPÖ-Landesgeschäftsführer Stockingers Ansatz zur Gleichbehandlung aller Gemeinden. "Aber eine Neuverteilung der Mittel darf auf keinen Fall auf Kosten der Kinder gehen. Angebot und Qualität der Gratis-**Kinderbetreuung** müssen im Sinne einer echten Gleichbehandlung in allen Gemeinden gewahrt bleiben. Es darf nicht den "alten" Kindergartengruppen Geld zugesprochen werden, das dafür den neuen Gruppen weggenommen wird. Die Förderung darf nicht davon abhängig sein, wann der Kindergartenplatz oder die Gruppe entstanden ist. Für die Kinder und Eltern ist es wichtig, überall gleich hohe Standards vorzufinden. Das muss das Ziel sein!" Die ÖVP hat bei der Einführung des Gratiskindergartens versprochen, dass den Gemeinden die finanziellen Belastungen des Gratiskindergartens abgegolten werden. Diese Zusage sollte halten, steht für den SPÖ-Geschäftsführer fest.

Rückfragehinweis:

SPÖ Oberösterreich, Medienservice
Gerald Höchtler
Tel.: (0732) 772611-22
<mailto:gerald.hoechtler@spoe.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/194>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

SALZBURG

Salzburg: www.salzburg.gv.at

Meldungen:**Mehr Anrufer im Kinderschutzzentrum**

Die Berichterstattung über sexuellen Missbrauch führt dazu, dass sich immer mehr Betroffene melden. Beim Kinderschutzzentrum Salzburg laufen Telefone heiß, sagt Geschäftsführer Peter Trattner.

→ <http://salzburg.orf.at/stories/428344/>

STEIERMARKSteiermark: www.steiermark.at

Meldungen:**Verspätete Zahlung für die Knirpse**

Kleine Zeitung

Kindergruppen warten seit längerer Zeit auf 75-Euro-Förderung des Hilfswerks für den Gratis-Kindergarten. Geldmittel sollen nun vom Land kommen. ...

TIROLTirol: www.tirol.gv.at

Meldungen: keine

VORARLBERGVorarlberg: www.vorarlberg.at

Meldungen: keine

WIENWien: www.wien.gv.at

Meldungen:**AMS Wien lässt weitere 150 Kindergärtnerinnen ausbilden**

Utl.: Jobgarantie nach Ende der Ausbildung =

Wien (OTS) - LAUFTEXT UNVERÄNDERT WIE IN OTS 0063:
Das Arbeitsmarktservice Wien hat eine erfolgreiche Initiative verlängert, um den Mangel an Kindergartenpersonal zu mindern. Im Rahmen eines Programms, das seit zwei Jahren in Kooperation mit der Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik (BAKIP) läuft, werden seit Februar dieses Jahres 60 bislang Arbeit Suchende - darunter einige Männer - in Kindergartenpädagogik ausgebildet. Um eine Nachhaltigkeit der Ausbildung zu gewährleisten, hat die Gemeinde Wien eine fünfjährige Anstellungsgarantie für alle Teilnehmenden abgegeben. Per September 2010 und Februar 2011 starten Ausbildungen für weitere insgesamt 90 vom AMS Wien vermittelte Personen. Für alle daran Interessierte findet am 15. März 2010 zwischen 9:00 und 13:00 Uhr in der BAKIP (1210 Wien, Patrizigasse 2) ein Tag der offenen Tür statt. Das Interesse an dieser Berufsausbildung ist enorm. Am vorjährigen Informationstag meldeten sich etwa 500 Personen an, von denen ein großer Teil zum Aufnahmetest kam.

"Wir freuen uns, dass dieses Projekt auf eine derart starke Nachfrage stößt", sagt Claudia Finster, Leiterin des AMS Wien.

Das Modell ist zweigliedrig: Wer über Matura verfügt, hat eine fünfsemestrige Ausbildung vor sich; wer keine Matura hat, lernt ein Jahr lang für die Studienberechtigungsprüfung und steigt danach in die fünfsemestrige Ausbildung ein. Das Arbeitsmarktservice Wien bezahlt im ersten Fall ein Jahr, im zweiten Fall zwei Jahre dieser Ausbildung. Danach sind die Auszubildenden bei der Gemeinde Wien angestellt.

Von Herbst 2008 bis Februar 2010 haben insgesamt 244 über das AMS Wien vermittelte Personen - davon 26 Männer - mit einer Ausbildung in Kindergartenpädagogik begonnen. Im Februar 2011 werden die ersten

Absolventinnen und Absolventen ihre Diplome erhalten und zu arbeiten beginnen.

Rückfragehinweis:

AMS Wien
Dr. Hans-Paul Nosko
Tel.: +43 1 87871-50114
hans-paul.nosko@ams.at

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Wiener Grüne verlangen "mehr Stacheln" für Frauenpolitik

Wien (OTS) - "Mehr Stacheln für Frauenpolitik" forderten die Wiener Grünen im Rahmen des internationalen Frauentages am 8. März und verteilten kleine Kakteen an Passantinnen. Dies solle Frauen Mut machen ihre "Stacheln zu zeigen", betonte die nicht amtsführende Stadträtin Monika Vana. Österreich würde in Sachen Gleichstellung zu den Schlusslichtern in Europa gehören, zudem sei die politische und wirtschaftliche Elite nach wie vor in Männerhand. Auch die Stadtpolitik würde die strukturelle Ungleichheit zwischen Frauen und Männern fortsetzen, kritisierte Vana. Die Grünen fordern daher, dass öffentliche Gelder künftig nur an Firmen und Organisationen gehen sollten, die Gleichstellung betreiben. Weiters sei es notwendig "gendersensible Kindergarten- und Schulpädagogik" flächendeckend zu praktizieren und auszubauen. Zudem sei ein Frauenkonjunkturpaket speziell während wirtschaftlich schlechter Zeiten und die Schaffung von existenzsichernden Arbeitsplätzen unerlässlich, so Vana.

Weitere Informationen dazu: Grüner Klub im Rathaus, Telefon: 01 4000-81814, im Internet unter <http://wien.gruene.at/>. (Schluss) bon

Rückfragehinweis:

PID-Rathauskorrespondenz:
www.wien.at/vtx/vtx-rk-xlink/
Nina Böhm
Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (MA 53)
Telefon: 01 4000-81378
E-Mail: nina.boehm@extern.wien.gv.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/174>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

ELEMENTARPÄDAGOGIK

Förderungsmöglichkeiten

FRÜHFÖRDERUNG, FRÜHPÄDAGOGIK, FRÜHKINDLICHE BILDUNG

Gute Bücher und mehr für die Kitas

bildungsklick.de

So bieten die Institute für Frühpädagogik in den einzelnen Ländern, wie etwa das bayerische Staatsinstitut für Frühpädagogik, das Berliner Institut für ...

INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK

FPÖ-Hofer kritisiert fehlende Integration behinderter Kinder

Utl.: Viel zu wenige Therapiestandorte in Österreich vorhanden -
Parlamentarische Anfrage wird eingebracht =

Wien (OTS) - Der freiheitliche Behindertensprecher NAbg. Norbert Hofer weist auf einen groben Missstand bei den Therapiemöglichkeiten für schwerst behinderte Kinder hin. In Österreich seien viel zu wenige Therapiestandorte für behinderte Kinder im schulpflichtigen Alter vorhanden.

"Ein Vertreter der Eltern von behinderten Kindern hat sich an mich gewandt", erzählt Hofer. "Er hat mir unter anderem von dem Fall eines fünfeinhalb jährigen Buben, der von Geburt an mehrfach schwerst behindert ist, berichtet. Die Familie des Buben, die im Bezirk Oberwart lebt, sucht einen geeigneten Schulplatz inklusive Therapiemöglichkeiten. Da im Burgenland keine Möglichkeit besteht, muss das Kind einen Kindergarten im ungarischen Szombately, nahe der

österreichischen Grenze, besuchen, wo sämtliche Therapieformen angeboten werden."

"Doch auch andere Familien stehen vor ähnlichen Problemen, da derzeit wöchentlich nur eine Stunde von der Krankenkasse bezahlte Therapie vorgesehen ist." Hofer kritisiert diesen Zustand und betont abschließend: "Notwendig ist eine sehr rasche Bedarfserhebung in ganz Österreich und ein sofortiges Eingreifen der Politik. Das sind keine Einzelfälle. Es ist den Kindern nicht zuzumuten, dass sie stundenlang im Auto zu den Schulen transportiert werden", schließt Hofer.

Rückfragehinweis:

Freiheitlicher Parlamentsklub
Tel.: 01/ 40 110 - 7012
<mailto:presse-parlamentsklub@fpoe.at>

<http://www.fpoe-parlamentsklub.at>
<http://www.fpoe.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/4468>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

KINDERBETREUUNG

PRO-GE Wimmer zu Budget: "Solidarpakt und Impulsprogramm fehlen"

Utl.: Reines Sparprogramm reicht nicht - Spielraum für ein notwendiges
drittes Konjunkturpaket schaffen =

Wien (OTS/ÖGB) - "Die überwiegend ausgabenseitige Budget-Sanierung der Regierung macht notwendige Investitionen in Bildung, Forschung und in Maßnahmen für mehr Beschäftigung äußerst schwierig. Das wird uns nicht aus der Krise führen. Statt massiven Einsparungen brauchen wir einen Solidarpakt und ein Impulsprogramm", sagt Rainer Wimmer, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft PRO-GE, zu den Budgetplänen der Regierung. Die PRO-GE fordert, nicht nur die Sparziele für 2011 zu definieren, sondern noch heuer konkrete Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftswachstums zu setzen. Ein vom WIFO vorgeschlagenes Impulspaket im Jahr 2010, bestehend aus Förderung von thermischen Sanierungen, Einrichtungen zur **Kinderbetreuung** und Ganztagschulen sowie Investitionen in die Energieeffizienz, wäre unter anderem dringend notwendig. Besonders auch für die nachhaltige Sanierung des Staatsbudgets. ++++

Rund 1,7 Milliarden Euro sollen durch reine Kürzungen eingespart werden. Auf der Einnahmenseite ist, von der Bankensteuer abgesehen, noch nichts auf Schiene. Bereits jetzt kommen 60 Prozent der Staatseinnahmen aus Steuern auf den Faktor Arbeit, weitere 27 Prozent kommen aus Steuern auf den Konsum. Nur 8 Prozent kommen aus Steuern auf Gewinne und 4 Prozent aus Steuern auf Kapital, Grund und Boden: "Die Schieflage ist nicht von der Hand zu weisen. Daher darf es keine Erhöhungen der Mehrwertsteuer, Lohnsteuer oder der Abgaben auf Arbeit geben. Jetzt müssen vor allem Finanzwirtschaft und sehr Vermögende in die Pflicht genommen werden. Wir brauchen einen Solidarpakt", fordert Wimmer. Die PRO-GE fordert unter anderem die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in der EU, vermögensbezogener Steuern mit Freigrenzen, Abschaffung der Gruppenbesteuerung, Einführung einer Wertschöpfungsabgabe, Abschaffung der Spekulationsfrist bei Wertpapierverkäufen sowie strengere Regeln auf den Finanzmärkten.

Den Banken und Unternehmen wurden in der Krise zu Recht mit Steuergeld geholfen und den Eigentümern ihr Vermögen gerettet. "Jetzt ist die Zeit für 'fair teilen' und soziale Gerechtigkeit. Wir brauchen genügend Handlungsspielraum bei Konjunktur- und Beschäftigungsmaßnahmen und im Sozialbereich. Denn wer Arbeitslosigkeit nicht senkt, wird keine nachhaltige Budgetkonsolidierung zustande bringen. Und wer das Budget mit massiven Sozialkürzungen zu sanieren versucht, bestraft die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ohnehin schon die Hauptlast des Steueraufkommens tragen und mit Kurzarbeit, höherer Arbeitslosigkeit schon genug für die Krise bezahlt haben", betont Wimmer.

Rückfragehinweis:

PRO-GE Presse
Mathias Beer
Tel: +43-664-6145920
E-Mail: mathias.beer@proge.at
<http://www.proge.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/143>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Österreich bewältigt Krise besser als andere Länder Reinhold Mitterlehner: Vor uns liegen nun die Mühen der Ebenen

Wien (PK) - Im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Aussprache mit Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner und dem Leiter des Wirtschaftsforschungsinstituts Karl Aiginger, die der Wirtschaftsausschuss eingangs seiner heutigen Sitzung abhielt, stand die Frage, wie das Kunststück gelingen soll, die noch instabile Konjunktur - das Wifo prognostiziert 1,5 % BIP-Wachstum für 2010 - zu stärken, das Wachstum anzuregen, in Forschung, Bildung, Energieeffizienz und **Kinderbetreuung** zu investieren und gleichzeitig das Budget zu konsolidieren. Wifo-Chef Aiginger schlug vor, nicht zu früh, sondern erst 2011 zu konsolidieren und die Wirtschaft im Jahr 2010 durch ein Impulsprogramm zu stärken. 2011 sollte auf der Basis eines besseren Wachstums die Budgetsanierung starten. Während Aiginger starke Präferenzen für Ausgabeneinsparungen durch eine Verwaltungsreform erkennen ließ, gab Wirtschaftsminister Mitterlehner zu bedenken, dass Ausgabeneinsparungen auch Leistungseinschränkungen des Staates gegenüber den BürgerInnen und konjunkturrelevante Auswirkungen auf den Inlandskonsum nach sich ziehen.

Wirtschaftsminister Mitterlehner will neue Märkte bearbeiten

"Die Krise ist noch nicht überwunden", sagte der Minister einleitend und meinte, vor uns liegen nun die "Mühen der Ebenen". Österreich liege im internationalen Vergleich aber nicht schlecht und könne 2010 mit 1,5 % Wachstum mehr als doppelt so viel BIP-Wachstum als die EU mit 0,7 % erwarten. Hatten am Beginn der größten Krise seit 1945 die Prognosen für 2009 noch auf ein Wachstumsminus von 4,2 % gelaftet, sei es durch gegensteuernde Maßnahmen gelungen, das Minus auf 3,6 % zu drücken und Impulse in Richtung Dienstleistungen, Kreativwirtschaft und Consulting zu geben, wie dies der Nachfrage entspreche.

Die Bundesregierung habe bei der Bundesimmobiliengesellschaft Investitionen von 855 Mio. € für Neubauten und Sanierungen vorgezogen, die thermische Sanierung gefördert und mit der Ökoprämie eine Maßnahme zur Belebung des automotiven Sektors gesetzt, um dort die Umstrukturierung zu unterstützen. Gegengesteuert habe die Bundesregierung auch durch Ausweitung von ERP-Krediten, durch Haftungen für Großbetriebe und durch eine Steuerreform zur Stärkung der Inlandsnachfrage.

Auch für das Jahr 2010 sei noch mit Impulsen aus den Konjunkturprogrammen zu rechnen, sagte der Minister, der sich entschieden dafür aussprach, das Programm zur thermischen Sanierung fortzusetzen. Österreich habe eine gute wirtschaftliche Ausgangslage, habe aber nach wie vor Probleme in der Exportwirtschaft, auf dem Arbeitsmarkt und beim Budget. Um die Exporte anzukurbeln sei es notwendig, neue Märkte in Indien, im Schwarzmeerraum, im Mittleren Osten und in China verstärkt zu bearbeiten. Der Schwerpunkt der Budgetsanierung soll bei den Ausgaben liegen soll, der Minister gab aber auch zu bedenken, dass dies Diskussionen über Leistungen der Ministerien gegenüber den BürgerInnen sowie darüber auslösen werde, welche Auswirkungen dies auf den Inlandskonsum habe. Angesichts einer hohen Steuerquote ließ Minister Mitterlehner seine Präferenz dafür erkennen, statt Steuern zu erhöhen das Steuersystem in Richtung Energie umzustrukturieren, um Lenkungseffekte für den Klimaschutz zu erreichen. Unter Berufung auf den Ökonomen Joseph Stieglitz warnte der Minister davor, zu früh mit Einsparungsmaßnahmen zu beginnen, weil dies das Wachstum gefährden könnte.

Im Tourismus setzt Mitterlehner auf die Fortsetzung der erfolgreichen Werbestrategie, die zu einer sehr guten Buchungslage im Wintertourismus beigetragen habe. Die aktuelle Wirtschaftspolitik bemühe sich, Innovationen zu fördern, etwa in Technologien für die E-Mobilität. Weiter Zukunftsfelder der österreichischen Wirtschaft sah Mitterlehner in der Energie- und Umwelttechnik, in der Medizin- und Sicherheitstechnologie, im Tourismus und im Dienstleistungs- sowie Consulting-Bereich.

Aiginger: Ausgabenseitig sparen, dann erst über Einnahmen nachdenken

WIFO-Chef Karl Aiginger leitete seine Ausführungen mit der Feststellung ein, Österreich befinde sich in einer sehr spannenden Entwicklungsphase. Die meisten wirtschaftlichen Indikatoren zeigten leicht nach oben, die Konjunktur sei aber immer noch instabil, die Gefahr eines Rückfalls in eine neue Krise sei aber gering. Alle Experten seien sich daher einig, dass es im Jahr 2010 noch zu früh sei, um das Budget zu konsolidieren, außer in Griechenland, das seine budgetären Grenzen schon in der Vergangenheit überschritten habe. Für 2010 rechnet das WIFO mit einem BIP-Wachstum von 1,5 %, auch wenn witterungsbedingt im ersten Quartal noch mit einem Minus zu rechnen sei. Die Arbeitslosigkeit steige bedauerlicherweise nicht nur wegen des langen Winters, sie werde auch im kommenden Winter noch weiter zunehmen und in der Folge stagnieren, weil das mittelfristig zu

erwartende Wachstum zwischen 1,5 % und 2 % nicht ausreichen werde, um den Beschäftigungseinbruch zu überwinden.

Die Wirtschaftspolitik stehe vor der Aufgabe ein "Kunstwerk aus drei Teilen" zu schaffen, die zueinander im Widerspruch stehen. Es gelte einerseits das Budget zu konsolidieren, ohne das Wachstum zu bremsen und die Arbeitslosigkeit zu erhöhen, und andererseits der Arbeitslosigkeit entgegen zu wirken, ohne das Budgetdefizit zu erhöhen. Zugleich soll in Forschung, Bildung und Kinderbetreuungseinrichtungen investiert werden. Angesichts der hohen Steuerquote problematisierte Aiginger Steuererhöhungen und empfahl, den Faktor Arbeit zu entlasten und die Gemeindefinanzierung im Interesse des Wachstums sicher zu stellen. Um das Wachstum zu stärken, plädierte Aiginger für ein Impulspaket im Jahr 2010 und sprach sich dafür aus, thermische Sanierungen, Einrichtungen zur **Kinderbetreuung** und Ganztagschulen sowie Investitionen in die Energieeffizienz zu fördern. Die Forschungsförderung sollte vereinfacht werden, meinte der Wirtschaftsforscher und drängte darauf, das neue Impulspaket weniger strukturkonservierend als zu gestalten als die bisherigen Konjunkturprogramme.

Lobend äußerte sich Aiginger darüber, dass es der Bundesregierung 2009 gelungen sei, ein "Dezemberfieber" zu vermeiden. Die budgetären Rückstellungen sollten für die Konjunktur eingesetzt werden. Dies würde die nachfolgende Konsolidierungsphase erleichtern, man könnte auf einem höheren Wachstumsniveau starten. Aigingers konkrete Vorschläge für die Budgetkonsolidierung lauteten auf Maßnahmen gegen Doppelgleisigkeiten im Schulsystem, im Gesundheitswesen und bei Förderungen, sowie auf Einschränkung von Privilegien, wobei er den steuerlich begünstigten Nachkauf von Pensionszeiten nannte. Er halte es für möglich, kurzfristig Einsparungen von 2 bis 3 Mrd. € und langfristig von 6 bis 11 Mrd. € zu erzielen, sagte der WIFO-Chef. Für unverständlich hielt es Aiginger, dass diesbezügliche Rechnungshofempfehlungen nicht umgesetzt werden. Die Bevölkerung werde nicht gesünder, wenn man zu viele Spitalsbetten oder nicht ausgelastete Spitäler aufrecht halte; das schlecht ausgelastete Heeresspital sei zu schließen. Firmen, die nachhaltige und altersgerechte Arbeitsplätze schaffen, will Aiginger mit Boni belohnen. Die Budgetkonsolidierung sollte ausgabenseitig beginnen und erst in zweiter Linie über mehr Einnahmen geredet werden. Er könne sich eine Umstrukturierung des Steuersystems in Richtung höhere Progression vorstellen, wichtig sei es aber, den Faktor Arbeit zu entlasten, wiederholte Aiginger.

Die Positionen der Parteien

In der Debatte stellte Abgeordneter Christoph Matznetter (S) fest, Österreich habe sich trotz einer bedauerlich hohen Arbeitslosigkeit im internationalen Vergleich gut gehalten. Die Förderung der thermischen Sanierung sei ein Erfolg gewesen und sollte fortgesetzt werden, eventuell durch eine begünstigte Kreditaktion. Die EU-Vorgaben zur Budgetkonsolidierung geben Österreich nur ein kleines Zeitfenster, Konsolidierungsmaßnahmen müssten daher jetzt auf Schiene gebracht werden. In der Durchführung der Verwaltungsreform stellte sich für den Abgeordneten die Frage, wo konkret man ansetzen solle.

Abgeordnete Ruperta Lichtenecker (G) drängte auf die Hebung von Effizienzpotentialen in der Wirtschaftsförderung und interessierte sich dafür, was die Umsetzung des Transferkontos im Unternehmerbereich letztlich bedeuten würde.

Abgeordneter Bernhard Themessl (F) kritisierte, die bisherigen Konjunkturpakete seien in der Umsetzung zu kompliziert und langwierig gewesen und seien deshalb nur zu einem geringen Teil ausgenutzt worden. Das Impulsprogramm mache nur Sinn, wenn auch sichergestellt sei, dass es besser greife. Versäumnisse ortete der Vorarlberger Abgeordnete bei der Regierung, die sich zu wenig für österreichische Dienstleister einsetze, die in der Schweiz unter weiter verschärften Auflagen leiden.

Abgeordneter Robert Lugar (B) hielt die Ökoprämie und die Förderung der thermischen Sanierung für erfolgreich. Da sie zur Vorziehung von Anschaffungen geführt hätten, sollten die Maßnahmen verlängert werden, solange die Krise anhalte. Der Aufschwung sei noch nicht selbsttragend und daher weitere Impulse notwendig. In der Verwaltung sollten Doppelgleisigkeiten abgebaut werden. Die Budgetkonsolidierung sollte nicht über Steuererhöhungen erfolgen, forderte Lugar und verlangte eine Entlastung des Faktors Arbeit sowie Hilfe für KMU, die sich in einer Kreditklemme befinden.

Abgeordneter Christian Höbart (F) wollte wissen, wie das WIFO Inflations- bzw. Deflationsgefahr einschätze und ob man in zukünftigen Einschätzungen der Wirtschaftsentwicklung die Rolle der Finanzwirtschaft entsprechend berücksichtigen werde.

Abgeordnete Wolfgang Katzian (S) befürchtete, ohne Gegenmaßnahmen würde die Arbeitslosigkeit weiter steigen. Vor allem der Sozialbereich und die sozialen Dienste brauchten dringend Investitionen, dies würde auch günstige Auswirkungen auf die

Beschäftigungssituation haben. Höhere Steuern müssten bei einer entsprechenden Steuerstruktur nicht konjunkturbremkend wirken, es gebe große Vermögen, die sehr wenig zum Staatshaushalt beitragen, sagte Abgeordneter Katzian.

Abgeordneter Alois Gradauer (F) sah eine bedrohliche Budgetsituation, es sei "Feuer am Dach". Er vermisste der Lage entsprechende Aktivitäten der Regierung und kritisierte etwa, dass auf Grund mangelnden Wettbewerbs die Strompreise um 10 % zu hoch seien. Zum Thema thermische Sanierung wies Gradauer auf ein von Raiffeisen unterstütztes oberösterreichisches Konzept hin und forderte auch Maßnahmen, um Energie- und Rohstoffspekulationen durch Hedgefonds zu verhindern.

Abgeordneter Rainer Widmann (B) klagte über die Untätigkeit der Regierung und mahnte Vorlagen zur Wirtschaftspolitik ein. Österreich habe nach wie vor eine zu niedrige F&E-Quote. Die Förderung der thermischen Sanierung sei bisher "nur ein Tropfen auf den heißen Stein" und sollte verlängert werden.

Abgeordnete Christiane Brunner (G) forderte eine generelle Umstrukturierung und Ökologisierung des Steuersystems.

Abgeordnete Konrad Steidl (V) merkte zur F&E-Quote an, dass in Österreich zwar sehr viel Grundlagenforschung betrieben werde, die daraus resultierende Wertschöpfung aber oft nicht in Österreich stattfinde.

Vertagung oppositioneller Anträge

Schließlich vertagte der Wirtschaftsausschuss - jeweils mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP - den von Abgeordnetem Bernhard Themessl vertretenen Entschließungsantrag 412/A(E) der FPÖ auf Halbierung der Mehrwertsteuer für erneuerbare Energieträger von 20 % auf 10 % sowie BZÖ-Entschließungsantrag 991/A(E) mit Vorschlägen zur Erleichterung und Beschleunigung des Anbieterwechsels bei Strom und Gas, den Abgeordneter Rainer Widmann (B) den Abgeordneten zur Abstimmung vorgelegt hatte. Abgeordneter Christoph Matznetter (S) hielt es für nicht möglich, zwischen Strom aus erneuerbaren und anderen Energieträgern zu differenzieren. Abgeordnete Christiane Brunner (G) meinte, durch eine Maßnahme wie sie der Antrag fordere, seien die gewünschten Lenkungseffekte nicht gegeben. Abgeordneter Franz Hörl (V) schloss sich den Argumenten an und stellte den Antrag auf Vertagung. Abgeordneter Wolfgang Katzian (S) verwies Abgeordneten Widmann (B) auf bereits in Vorbereitung befindliche Maßnahmen im Sinne seines Antrags und beantragte die Vertagung des BZÖ-Antrags.

(Schluss)

Eine Aussendung der Parlamentskorrespondenz
Tel. +43 1 40110/2272, Fax. +43 1 40110/2640
e-Mail: pk@parlament.gv.at, Internet: <http://www.parlament.gv.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/172>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER

Bundeskanzler Faymann: "Wir müssen sinnvoll einsparen und Steuern gerecht einheben."

Utl.: Die Regierung beschließt Bundesfinanzrahmen 2011 bis 2014 =

Wien (OTS) - In der heutigen Ministerratssitzung hat die Regierung den Bundesfinanzrahmen für die Jahre 2011 bis 2014 festgelegt. Dieser Rahmenplan stütze sich auf derzeit vorliegende Prognosen, so Bundeskanzler Werner Faymann. "Oft sieht die Realität dann zwar anders aus, dennoch müssen wir einen Rahmen für die notwendigen Maßnahmen setzen." Der Finanzminister habe effektiv mit allen Ressorts verhandelt und eine einvernehmliche Lösung erarbeitet, dafür gebühre allen Ministerinnen und Ministern Dank.

"Auf der Rückseite der Krise steht die Rechnung. Die Bevölkerung darf nicht das Gefühl haben, dass die Kosten dafür einfach auf die breiten Massen abgewälzt werden", sagte Faymann. Es müssten auch jene zur Kasse gebeten werden, die die Krise verursacht haben, vor allem die Spekulanten und Finanzmarktakteure. "Wir müssen dafür sorgen, dass sowohl bei den Ausgaben gerecht und sinnvoll gespart wird als auch einnahmenseitig gerecht und zielgruppengenau agiert wird." So gelte es, etwa mit der Bankensolidarabgabe, der Finanztransaktionssteuer oder der Aufhebung der Spekulationsfrist für gerechte Einnahmen zu sorgen. Man habe sich nun für die Verteilung der Konsolidierungskosten auf einen Schlüssel von 60 zu 40 geeinigt, wenn man - vom Finanzminister noch zu verhandelnde - Beiträge der Länder und Gemeinden mit einrechne. Dies bedeute, dass inklusive Länderbeiträgen 60 Prozent ausgabenseitig eingespart und 40 Prozent einnahmenseitig hereingebracht werden müssen.

"Wir haben uns bei den Ausgaben engagierte Sparziele gesetzt, aber noch keine konkreten Maßnahmen definiert", so Faymann. Erst an diesen werde zu messen sein, wie gerecht es zugeht. Diese Details müssen bis

Herbst festgelegt werden. Dabei werde auch noch mit den Ländern und den Gemeinden verhandelt. Die Gemeinden hätten gerade in letzter Zeit viele Aufgaben übernommen, angefangen von der **Kinderbetreuung** bis zu Pflegeleistungen. Das müsse in Rechnung gestellt werden. Andererseits gebe es auch einige Doppelgleisigkeiten, etwa im Förderwesen, die künftig besser abzustimmen sein werden.

"Wir müssen darauf achten, dass die Wirtschaftskrise nicht zur Krise des Haushaltes wird", betonte Finanzminister Josef Pröll. Der Rahmen sei festgelegt, die Debatte werde nun darüber geführt, wie in Zukunft Steuern gestaltet werden und wo über Leistungskürzungen diskutiert werden müsse. "Wir werden ein Paket von Maßnahmen haben, das ordentlich und gerecht ist, und wir werden ganz besonders jene in die Pflicht nehmen, die die Krise verursacht haben."

Bundeskanzler Faymann hob hervor, dass gerechte einnahmenseitige Maßnahmen helfen, die Krise in den Griff zu bekommen. Wenn man sehen, welche Kürzungen bei Beziehern kleiner Einkommen etwa in Ungarn, Griechenland, Spanien oder Portugal vorgenommen würden und welche Auswirkungen das auf Kaufkraft und Wirtschaftsentwicklung habe. Dann würde man erkennen, dass die Probleme auch auf europäischer Ebene nicht allein durch Sparen, lösbar seien. "Eine europäische Transaktionssteuer würde uns helfen, eine gerechte Balance zu schaffen", sagte Faymann. Seine politische Forderung sei aber auch eine Einführung auf nationaler Ebene.

Auf Nachfrage bezüglich einer allfälligen Erhöhung etwa der Mehrwertsteuer machte der Bundeskanzler klar: "Ich bin für zielgerichtete Steuern und nicht für Massensteuern."

Rückfragehinweis:

Pressesprecher des Bundeskanzlers
Mag. Leo Szemeliker
Tel.: (01) 531 15 - 2090, 0664/282 25 00

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/56>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Gewaltstatistik 2009: Armut und fehlende Perspektiven

Utl.: Jede vierte im Frauenhaus ohne Einkommen, Abhängigkeit fördert Gewalt =

Wien (OTS) - Heuer ist das EU-Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung, daher möchten wir besonders auf die sozioökonomische Situation von gewaltbetroffenen Frauen aufmerksam machen. Ein Viertel aller Frauen, die 2009 in einem der 26 autonomen österreichischen Frauenhäuser Schutz vor den Misshandlungen ihres Partners gesucht haben, hatte beim Einzug ins Frauenhaus kein Einkommen. Das geht aus der jüngsten Statistik der Frauenhäuser für das Jahr 2009 hervor. Nur 22 Prozent der Frauenhaus-Bewohnerinnen im Jahr 2009 hatten ein Einkommen aus selbstständiger oder unselbstständiger Arbeit. Zwar würden die Mitarbeiterinnen im Frauenhaus bei der Jobsuche und bei den Anträgen für Sozialleistungen helfen, die finanzielle Situation vieler Frauen, die im Frauenhaus Schutz suchten, sei aber dramatisch, so Maria Rösslhuber, Geschäftsführerin des Vereins Autonome Österreichische Frauenhäuser.

"Auch Frauen mit Arbeit verdienen oft zu wenig zum Leben", erklärt Rösslhuber. Frauen, die in ihrer Beziehung Gewalt erleben, gehörten zu den am stärksten von Armut gefährdeten Gesellschaftsgruppen, betont sie. Die erlebten Misshandlungen führten häufig zum Jobverlust, die Trennung vom Gewalttäter bedeute für manche Frauen zwar ein Ende der Gewalt aber gleichzeitig auch ein Leben als Alleinerzieherin am Rande der Existenz.

Gewalterfahrungen müssten deshalb bei der Armutsbekämpfung als Risikofaktor Nummer eins von Frauen betrachtet werden. Frauen bekommen Jobs oft nur im Gastgewerbe oder in Reinigungsfirmen mit schlechter Bezahlung und Arbeitsbedingungen, bei denen es keine Möglichkeit einer **Kinderbetreuung** gibt.

Vielen Frauenhausbewohnerinnen fehle es laut Rösslhuber nicht nur an Geld, sondern auch an Qualifikationen. Besonders stark betroffen seien Migrantinnen und obwohl in den Frauenhäusern alles getan werde, um den Bewohnerinnen den Schritt in ein eigenständiges Leben ohne Gewalt zu ermöglichen, stünden die Mitarbeiterinnen hier oft vor unüberwindbaren Hürden.

Insgesamt 1.598 Frauen und 1.565 Kinder haben 2009 in den 26 autonomen österreichischen Frauenhäusern Schutz und Unterkunft gefunden. Diese Zahl hat sich in den vergangenen Jahren nur geringfügig geändert. Der Bedarf an sicheren Plätzen im Frauenhaus sei nach wie vor groß. Diskussionen wie jene um die Schließung des Frauenhauses Hallein ist deshalb nicht nur unverständlich, sondern fahrlässig, nimmt Rösslhuber auf die jüngsten Ereignisse im Land Salzburg Bezug.

Die Statistik der autonomen österreichischen Frauenhäuser 2009 steht auf www.aeof.at als Download zur Verfügung.

Rückfragehinweis:
Mag.a Maria Rösslhuber
Tel. 01/544 08 20
<mailto:maria.roesslhuber@aeof.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/899>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Heinisch-Hosek gratulierte diestandard.at zum 10 Jahres-Jubiläum

Utl.: Frauen werden in weiteren 10 Jahren realistischweise noch nicht gleichberechtigt, aber gleichberechtigter sein =

Wien (OTS/SK) - Anlässlich des 10-jährigen Jubiläums von "diestandard.at" nahm Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek am Montagabend an einer Diskussion unter dem Titel "Was bisher (nicht) geschah - 10 Jahre Feminismus und Frauenpolitik" teil. Heinisch-Hosek gratulierte "diestandard.at" zum 10 Jahres-Jubiläum und würdigte das Medium als "Bereicherung", da feministische Themen behandelt würden, "die ich sonst nie in einem Tagesmedium finden würde". Unter anderem wurde über die Themen Erwerbsarbeit, **Kinderbetreuung**, Rollenbilder und Sexismus diskutiert. ****

Gefragt nach den Entwicklungen der letzten zehn Jahre, verwies die Frauenministerin auf ein neues Verständnis von Frauenpolitik: "Frauenpolitik wird heute nicht mehr mit Familienpolitik gleichgesetzt", so Heinisch-Hosek. Im Bereich der Erwerbsarbeit gäbe es "einiges aufzuholen": Der Anteil der erwerbstätigen Frauen sei zwar gestiegen, "die Form der Erwerbsbeteiligung von Frauen ist jedoch zu hinterfragen", so Heinisch-Hosek, die auf den aktuellen Gender-Gap-Report verwies. Laut diesem Bericht seien mehr als 42 Prozent der Frauen in Österreich teilzeitbeschäftigt. "Beschämend" findet Heinisch-Hosek auch, dass Österreich innerhalb der EU bei der Lohnschere zwischen Männern und Frauen nur den vorletzten Platz belegt. Das Fazit der Frauenministerin: "Mehr Erwerbsbeteiligung für Frauen haben wir, bessere Arbeitsbedingungen haben wir noch nicht".

Zwtl.: Uneinheitliche Verhältnisse erschweren Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Auch **Kinderbetreuung** war Thema der Diskussion. Heinisch-Hosek kritisierte den Mangel an Kinderbetreuungsplätzen. So stelle Österreich nur für 17 Prozent der unter Dreijährigen entsprechende Betreuungsplätze zur Verfügung. "Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird von den uneinheitlichen Verhältnissen in den einzelnen Bundesländern erschwert", so Heinisch-Hosek. Sie legte darauf Wert, dass dies sowohl Frauen als auch Männer betreffe. Als ersten Schritt zur Behebung des Problems forderte die Frauenministerin einheitliche Mindeststandards für ganz Österreich.

Angesprochen auf die sexistische Alltagskultur forderte Heinisch-Hosek: "Wir müssen auch wieder darüber reden, dass junge Frauen sich nicht treiben lassen sollen" Rollenbildern, die beispielsweise von sexistischer Werbung transportiert würden, zu entsprechen. Für ein Verbot sexistischer Werbung sieht Heinisch-Hosek zum jetzigen Zeitpunkt in Österreich wenig Chancen. Sie fordert daher einen Expertinnen-Beirat, der den Werberat bei der Feststellung sexistischer Diskriminierung unterstützen solle.

In den kommenden 10 Jahren müsse man daran arbeiten, dass mehr Frauen in Entscheidungspositionen gelangen. Realistischweise "werden Frauen auch in zehn Jahren noch nicht gleichberechtigt, sondern nur gleichberechtigter sein", so Heinisch-Hosek. Abschließend verwies die Frauenministerin auf den gesamtgesellschaftlichen Nutzen der ökonomischen Gleichstellung der Frau. "Das Wirtschaftswachstum könnte um ein Drittel steigen, wenn Frauen ökonomisch gleichgestellt sind", so Heinisch-Hosek. (Schluss) sa

Rückfragehinweis:
SPÖ-Bundesorganisation, Pressedienst, Löwelstraße 18, 1014 Wien
Tel.: 01/53427-275
<http://www.spoe.at/impressum>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/195>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Rudas zu Internationalen Frauentag: Mit offensiver Frauenpolitik zu mehr Chancengerechtigkeit

Wien (OTS/SK) - "Allein das Auseinanderklaffen der Einkommensschere zeigt schon, dass eine offensive Frauenpolitik keineswegs obsolet ist", betonte SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura

Rudas am Montag. Stimmen von konservativer Seite, wonach eine solche Frauenpolitik nicht mehr notwendig und ohnehin schon zu viel Gleichberechtigung vorhanden sei, erteilte Rudas eine klare Absage. "Es muss alles getan werden, um solche Positionen nicht stark werden zu lassen", sagte Rudas. Bestätigt wird die SPÖ-Bundesgeschäftsführerin in ihrer frauenpolitischen Haltung durch die Tatsache, dass Frauen trotz gleicher Ausbildung und gleicher Arbeitszeit um 22 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen verdienen. ****

Rudas betonte, dass die SPÖ-geführte Bundesregierung mit dem Ausbau der **Kinderbetreuung**, dem Gratis-Kindergartenjahr und dem Bekenntnis zum Ausbau der Ganztagschulen viel für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf getan habe. "Die Verbesserung entscheidender Rahmenbedingungen wurde damit umgesetzt. Jetzt geht es aber darum, die nächsten Schritte zu tun - etwa im Gleichbehandlungsgesetz."

Aber auch bei den Spitzenpositionen muss sich einiges ändern. So sind in den 200 Top-Unternehmen Österreichs nur 30 von 621 Geschäftsführungspositionen mit Frauen besetzt, nur neun Prozent der Aufsichtsratsmitglieder sind Frauen und bei den börsennotierten Unternehmen sind nur drei Prozent der Vorstandsmitglieder und nur vier Prozent der Aufsichtsräte Frauen. "Diese Zahlen zeigen deutlich, dass noch viel zu tun ist, um die faktische Chancengleichheit zu erreichen", stellte Rudas fest. (Schluss) up

Rückfragehinweis:

SPÖ-Bundesorganisation, Pressedienst, Löwelstraße 18, 1014 Wien,
Tel.: 01/53427-275
<http://www.spoe.at/online/page.php?P=100493>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/199>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Tumpel zum Frauentag: Einkommensschere schließen, Maßnahmenpaket statt Freiwilligkeit

Wien (OTS) - Das mittlere Bruttojahreseinkommen von Frauen ist um 41 Prozent geringer als von Männern. Wird nur mehr das Einkommen von Vollzeitbeschäftigten verglichen, beträgt der Einkommensunterschied noch immer 22 Prozent und werden alle Faktoren herausgerechnet, die die Lohnunterschiede erklären können wie Arbeitszeit, Branche, Tätigkeit, Bildung und Betriebszugehörigkeit, so bleiben noch immer 15 Prozent Lohnunterschied übrig. Die Ursachen für die Lohnunterschiede setzen sich aus vielen Faktoren zusammen. Es beginnt bei der Bildungs- und Berufswahl, der ungleichen Aufteilung von Betreuungspflichten, der geringeren Bewertung von Tätigkeiten, die überwiegend von Frauen verrichtet werden sowie der geringeren Bewertung von Teilzeitarbeit bis hin zu Nachteilen bei den beruflichen Karrieremöglichkeiten. "Die Einkommensschere wird sich nur dann verringern, wenn auf allen Ebenen ernsthafte Anstrengungen unternommen werden, um Frauen die gleichen Chancen am Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Da wird es nicht ausreichen, nur auf Freiwilligkeit zu setzen", sagt AK Präsident Herbert Tumpel. Notwendig ist ein Paket aus Maßnahmen, die eine Garantie auf qualitätsvolle **Kinderbetreuung**, Sensibilisierung aber auch ein wirksames Vorgehen gegen Benachteiligungen vorsehen.

Die AK fordert daher:

- + Förderung bei der Berufs- und Bildungswahl
Mädchen und Burschen müssen abseits traditioneller Berufs- und Bildungswahl entlang ihrer Neigungen, Talente und Interessen besondere Hilfestellung erhalten. Es muss sich aber auch das Einstellungsverhalten der Betriebe ändern.
- + Transparenz bei Karriere und Einkommen
Lohnunterschiede sind vielfach erst möglich, weil die Entlohnung, Zulagen, Einstufungen in vielen Betrieben nicht transparent geregelt ist. Betriebliche Einkommensberichte sollen gesetzlich verankert werden und Betriebe dazu verpflichten, ihre Lohnstruktur auf geschlechtsspezifische Benachteiligungen hin zu prüfen, mit dem Ziel diese zu beseitigen. Darüber hinaus braucht es Transparenz bei Stellenbesetzungen (dies betrifft das Anforderungsprofil und die Begründung für die personelle Entscheidung). Bei Förderungen und Vergabe von Aufträgen soll die Gleichstellungsbilanz der Betriebe berücksichtigt werden.
- + Mehr Frauen in Führungspositionen
Verbindliche Geschlechterquote bei der Besetzung von Aufsichtsräten und Vorständen in großen Aktiengesellschaften und GmbHs. Die jährlichen AK-Untersuchungen zeigen, dass es auf freiwilliger Basis zu keinen Veränderungen kommt.
- + Förderung der betrieblichen Weiterbildung
Gleiche Chancen auf Weiterbildung für Frauen und Männer. Ein Recht auf mindestens 35 Stunden Weiterbildung im Jahr soll sicherstellen, dass auch Frauen entsprechend zum Zug kommen.

- + Gleiche Chancen mit Teilzeit
Teilzeitbeschäftigte müssen bei der betrieblichen Weiterbildung und beim beruflichen Aufstieg gleichbehandelt werden. Es braucht auch wirksame Sanktionen in Form von abschreckenden Schadenersatzforderungen, die am wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens bemessen werden.
- + Keine Nachteile für Frauen mit Kindern
Karenzzeiten müssen analog zu den Zeiten des Präsenzdienstes voll als Dienstzeit angerechnet werden. Notwendig ist auch das Recht auf Elternteilzeit in Kleinbetrieben.
- + Flächendeckendes Angebot qualitativer, professioneller und bedarfsgerechter (va hinsichtlich Öffnungszeiten) **Kinderbetreuung** für alle Altersgruppen und Beseitigung der Kostenbarrieren in der **Kinderbetreuung**, die die Frauenerwerbstätigkeit und Frühförderung der Kinder behindern.
- + Zur Unterstützung des Wiedereinstiegs müssen auch die Qualifizierungsmaßnahmen des AMS auf hohem Niveau fortgesetzt werden.

Rückfragehinweis:

AK Wien Kommunikation
Thomas Angerer
Tel.: +43-1 501 65-2578
<mailto:thomas.angerer@akwien.at>
<http://wien.arbeiterkammer.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/26>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Aufruf der SPÖ Frauen zum Internationalen Frauentag

Wien (OTS/SK) - Gegen die eklatanten Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern richten sich die SPÖ Frauen in ihrem Aufruf zum Internationalen Frauentag. "Dass wir nun auf den vorletzten Platz innerhalb der EU abgerutscht sind, ist beschämend. Wir können diese Gehaltsunterschiede nicht mehr länger hinnehmen", sagte SPÖ-Bundesfrauenvorsitzende und Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und forderte die Offenlegung der Durchschnittsgehälter zwischen Frauen und Männern in den Betrieben und verpflichtende Quoten für Aufsichtsratspositionen in der Privatwirtschaft. ****

Obwohl Frauen gut ausgebildet sind, schützt sie das nicht vor ungleicher Bezahlung" sagte SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz. "Im Gegenteil: Die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern wird bei steigender Bildung sogar noch größer. Frauen sollen mutiger in Gehaltsverhandlungen gehen können. Daher ist es unsere Aufgabe, die entsprechenden Bedingungen zu schaffen", so Mautz.

Zentral ist die Forderung der SPÖ Frauen nach Einkommenstransparenz. Die Fakten zu den Einkommensunterschieden in einem Betrieb gehören auf den Tisch gelegt. Um die Forderung nach der gesetzlichen Verankerung der Einkommenstransparenz im Gleichbehandlungsgesetz zu bekräftigen, haben die SPÖ Frauen auf www.frauen.spoe.at eine UnterstützerInnenplattform eingerichtet.

Eine wichtige Voraussetzung für berufliches Weiterkommen ist ganztägige **Kinderbetreuung**. Die SPÖ Frauen fordern einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz sowie den Ausbau der Ganztagseschulplätze.

Um den Anteil von Frauen in Führungspositionen zu erhöhen, sind verpflichtende Quoten sinnvoll. Derzeit sind in den Top-200 Unternehmen in Österreich nur neun Prozent der Aufsichtsratsmitglieder Frauen. Die SPÖ Frauen fordern daher verpflichtende Quoten für Führungsetagen nach norwegischem Vorbild.

Entscheidend für die Einkommenssituation und auch für die Karrierechancen, ist auch die Berufswahl. Daher ist es wichtig, dass Frauen neue Chancen ergreifen und in untypische Berufsfelder vordringen. Dafür müssen auch die Betriebe durch bewusstseinsbildende Maßnahmen sensibilisiert werden, damit sich den Frauen in Zukunftsbranchen auch reale Berufsmöglichkeiten bieten. Die SPÖ Frauen fordern weiters geschlechtssensible verpflichtende Berufs- und Bildungswegorientierung an allen Schulen.

Anlässlich des Internationalen Frauentages, haben die SPÖ Bundesfrauen ein Video gedreht, um auf die derzeitige Situation von Frauen im Erwerbsleben aufmerksam zu machen. Zu sehen ist dieser Film unter <http://www.youtube.com/watch?v=kqPLqD7E8MI> (Schluss) up/mp

Rückfragehinweis:

SPÖ-Bundesorganisation, Pressedienst, Löwelstraße 18, 1014 Wien
Tel.: 01/53427-275

<http://www.spoe.at/impressum>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/195>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

FPÖ-Gartelgruber: Jetzt vor allem Durchschlagskraft der Frauenpolitik beweisen

Utl.: Wesentliche Schief lagen und Ungerechtigkeiten nach wie vor noch nicht in Angriff genommen worden =

Wien (OTS) - Den heutigen internationalen Frauentag müsse die Politik zum Anlass nehmen, allen Frauen Mut zu machen, sie ernst zu nehmen und vor allem die Probleme anzugehen - keinesfalls jedoch Unmut zu schüren, hält FPÖ-Frauensprecherin NAbg. Carmen Gartelgruber fest.

"Es gibt wesentliche Punkte, bei denen noch viel Handlungsbedarf gegeben ist. Einer davon ist bestimmt die Diskriminierung von Frauen im Erwerbsleben", greift Gartelgruber eine wesentliche "Baustelle" in der Frauenpolitik auf. Nach wie vor seien wir weit von einer Situation entfernt, in der der Grundsatz "Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit" gelte. "Die Verantwortlichen sind aufgefordert, Frauen im Erwerbsleben zu stärken, allfällige Schlechter-Stellungen zu beseitigen und den Frauen ein Einkommen zum Auskommen zu garantieren", fordert Gartelgruber auf, hier mit noch mehr Nachdruck an einer Umsetzung zu arbeiten.

Auch die Benachteiligung von Alleinerzieherinnen beim Kindergeldbezug gehöre umgehend beseitigt. Durch das Splitting-Modell finden sich alleinerziehende Mütter in einer finanziellen Benachteiligung gegenüber verheirateten Müttern - ein Zustand der nach Auffassung Gartelgrubers auch rasch korrigiert gehöre.

Im Sinne eines ehrlichen Angebotes an Frauen für ein selbstbestimmten Leben müsse man zudem auch an der Umsetzung einer wirklich flexiblen **Kinderbetreuung** arbeiten, so Gartelgruber. Das jetzige Angebot entspreche nicht den realen Anforderungen. Sie verweist auf die freiheitliche Position, dass neben einem zeitlich erweiterten Betreuungsangebot auch die Betreuung in der Familie sowie das Kind-gerechtere Tagesmüttermodell ausgebaut werden müssten: "Am wichtigsten wäre es, den Eltern die Wahlfreiheit zu sichern. Erziehende Elternteile sollten nicht zur Erwerbsarbeit gezwungen sein. Auch für das Heranwachsen der Kinder ist das familiäre Umfeld, so es funktioniert, die beste Betreuungsform."

Zum bedauerlicherweise stets allgegenwärtigen Thema der Gewalt an Frauen betont Gartelgruber ihre Forderung nach ausreichend finanziellen Mitteln für Fraueneinrichtungen. "Es kann nicht sein, dass Frauenhäuser oder andere Institutionen, die sich dem Schutz und der Betreuung betroffener Frauen verschrieben haben, jedes Jahr um ihre Weiterfinanzierung Sorgen machen müssen. Hier muss das Funktionieren im Sinne einer umfassenden Schutz- und Fürsorgefunktion von Frauen als Opfer von Gewalt reibungslos und unbürokratisch gesichert sein."

Rückfragehinweis:

Freiheitlicher Parlamentsklub
Tel.: 01/ 40 110 - 7012
mailto:presse-parlamentsklub@fpoe.at
<http://www.fpoe-parlamentsklub.at>
<http://www.fpoe.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/4468>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

KINDERERZIEHUNG

Achtsam, aufmerksam, aktiv: Kinder möchten engagierte Väter

10.03.2010 - 15:15 Uhr, HELABA Landesbank Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main (ots) - Was hessische Kinder über ihre Väter denken und von ihnen erwarten / Familienfreundliche Modelle in Unternehmen entwickeln

Achtsam, aufmerksam, fürsorglich und engagiert - so wünschen sich die meisten hessischen Kinder zwischen 9 und 14 Jahren ihre Väter. Zu diesem Ergebnis kommt das LBS-Kinderbarometer 2009 in einer für Hessen repräsentativen Befragung von 728 Kindern. "Die Antworten der Kinder unterstreichen, dass wir ein erweitertes Rollenverständnis der Väter brauchen: Kinder wünschen sich ganz überwiegend Väter, die sich

aktiv an der Erziehung beteiligen und sich für ihre Belange engagieren", erklärte Ulrich Kuther, Geschäftsführer der hessenstiftung - familie hat zukunft.

Die Antworten der Kinder unterstreichen zudem, dass die hessischen Väter in den meisten Fällen die Erwartungen ihrer Kinder gut erfüllen: Im Falle von Schulleistungen oder Problemen bewerten 72 % der Kinder das Interesse ihrer Väter als genau richtig. Nur 6 % der Kinder halten das Interesse an Problemen für übersteigert, 22 % wünschen sich sogar mehr Anteilnahme. In anderen Lebensbereichen erhoffen sich hessische Kinder noch häufiger, dass ihre Väter mehr Anteil an ihrem Leben nehmen - vor allem im Hinblick auf Freunde (35 %) oder Hobbys (24 %).

Unzufriedene Kinder wünschen sich mehr Engagement von Vätern

Aus Sicht der Kinder sollen sich Väter nicht nur interessieren, sondern sich auch aktiv in die Erziehung einbringen. Das gelingt den Vätern fast ebenso gut wie den Müttern - etwa, indem sie im richtigen Maß auf ihre Kinder aufpassen (78 %), ihnen etwas beibringen (74 %) oder sie zum Lernen ermuntern (69 %). Allerdings ist auffällig, dass diejenigen Kinder, die unzufrieden sind, sich häufiger mehr Engagement ihrer Väter wünschen. Eine wichtige Rolle kommt den Vätern auch in der Freizeit zu: 63 % aller befragten Kinder üben ein Hobby gemeinsam mit ihrem Vater aus. Hobbys mit dem Vater zu teilen kommt also deutlich häufiger vor, als dies mit der Mutter der Fall ist (49 %). "Dass gemeinsame Hobbys zur psychischen Stabilität der Kinder beitragen, ist ein wichtiger Faktor für Kinder, der mehr Beachtung finden sollte" ergänzt Verone Schöninger, Landesvorsitzende des Kinderschutzbundes in Hessen.

Familie und Beruf vereinbaren

"Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist auch für Väter ein wichtiges Thema - schon deshalb, weil viele Kinder sich wünschen, dass der Vater eine größere Rolle in ihrem Leben spielt", erklärt Ulrich Kuther von der hessenstiftung - familie hat zukunft. "Unternehmen sind gut beraten, ihren Mitarbeitern flexible Arbeitszeitmodelle anzubieten, damit Familienzeit und Berufsleben besser miteinander zu vereinbaren sind", ergänzte Peter Marc Stober, Sprecher der Geschäftsleitung der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen. "Auch berufstätige Eltern sollten sich intensiver um die Belange ihrer Kinder kümmern können, denn Kinder sind unsere Zukunft."

Originaltext: HELABA Landesbank Hessen-Thüringen
 Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de/pm/55060>
 Pressemappe via RSS: http://presseportal.de/rss/pm_55060.rss2
 ISIN: DE000HLB0A20

Pressekontakt:
 Sabine Schmitt, Landesbausparkasse Hessen-Thüringen
 Tel. 069 / 91 32-28 78 - Fax 069 / 91 32-8 28 78
 E-Mail: sabine.schmitt@lbs-ht.de

MIGRATION, MIGRANTEN, INTEGRATION

Kinder mit Migrationshintergrund seltener in Kindertagesbetreuung

WIESBADEN - Fast jedes zweite Kind unter sechs Jahren mit Migrationshintergrund besuchte am 1. März 2009 eine Kindertageseinrichtung oder wurde durch eine Tagesmutter oder einen Tagesvater betreut. Dies teilt das Statistische Bundesamt (Destatis) mit. Eltern von Kindern mit Migrationshintergrund haben damit seltener ein Angebot der Kindertagesbetreuung in Anspruch genommen als Eltern von Kindern ohne Migrationshintergrund. Die Betreuungsquote - das heißt der Anteil der Kinder, die in Kindertagesbetreuung waren, bezogen auf alle Kinder in der jeweiligen Bevölkerung - betrug bei Kindern mit Migrationshintergrund knapp 47% und bei Kindern ohne Migrationshintergrund rund 61%.

Einem Kind wird dann ein Migrationshintergrund zugeschrieben, wenn mindestens ein Elternteil ausländischer Herkunft ist, das heißt Mutter und/oder Vater aus dem Ausland stammen. Die Staatsangehörigkeit der Eltern oder des Kindes spielt dabei keine Rolle.

Unterschiedliche Betreuungsquoten lassen sich auch in den verschiedenen Altersgruppen feststellen. Die Betreuungsquote von Kindern unter drei Jahren war bei den Kindern ohne Migrationshintergrund mit 25% mehr als doppelt so hoch wie bei Kindern mit Migrationshintergrund (10,5%). Insgesamt lag die Betreuungsquote bei Kindern unter drei Jahren bei 20%. Bei Kindern im Alter von drei bis unter sechs Jahren lag die Betreuungsquote von Kindern mit Migrationshintergrund mit 84% unter dem Durchschnitt aller Kinder in dieser Altersgruppe (92%). Die Betreuungsquote von Kindern ohne Migrationshintergrund lag in dieser Altersgruppe mit 96% deutlich höher.

Methodischer Hinweis:

Die Anzahl der Kinder mit und ohne Migrationshintergrund in der Bevölkerung wurde durch die Auswertung von Mikrozensus und Bevölkerungsstatistik ermittelt. Der Mikrozensus erhebt detailliert Angaben, aus denen der Migrationshintergrund einer Person abgeleitet werden kann. Für die Auswertung des Mikrozensus wurde eine Variable gebildet, die der Definition von Migrationshintergrund in den Statistiken der Kindertagesbetreuung („mindestens ein Elternteil ist ausländischer Herkunft“) entspricht. Ein Vergleich mit anderen Ergebnissen zum Migrationshintergrund ist daher nicht möglich.

Der gesamte Beitrag zum Thema „Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertagesbetreuung“ sowie weitere methodische Hinweise zur Berechnung der Betreuungsquoten findet sich im aktuellen Heft „Wirtschaft und Statistik, Ausgabe 2/2010“. Der Aufsatz ist im

[Publikationsservice](#) des Statistischen Bundesamtes (Suchbegriff: Wirtschaft und Statistik) abrufbar.

Weitere Auskünfte gibt:
Zweigstelle Bonn,
Annica Böttcher,
Telefon: +49 611 75 8167,

E-Mail: jugendhilfe@destatis.de

MONTESSORI

MONTESSORI-DIPLOMLEHRGANG FÜR DAS KINDERHAUS (Altersstufe 3 - 6 Jahre) - ANMELDESCHLUSS

Start 1. Modul: 29. März bis 1. April 2010, 9 - 17.30 Uhr
Dauer: 31 Kurstage in 3- bis 4-tägigen Modulen verteilt auf 5 Semester
Lehrgangsgebühr: € 2.280,- (2 Jahreszahlungen à € 1.140,- oder 24 Monatszahlungen à € 104,- möglich)
Voraussetzung: Einführungsseminar (kann im Mai nachgeholt werden!), Anmeldeschluss: 13. März 2010
Abschluss: International anerkanntes Montessori-Diplom der Österreichischen Montessori-Gesellschaft

[Weitere Information und Anmeldung](#)

REFRESHER-REIHE FÜR DAS KINDERHAUS

Fortbildung, Auffrischung des Gelernten, neue Impulse, Platz für Fragen aus der Praxis, Auftanken in angenehmer Atmosphäre - das und noch viel mehr bietet unsere Refresher-Reihe für Montessori-PädagogInnen.

8. Abend - Sprache 1: Unterstützung der Sprachentwicklung
Mittwoch, 17. März 2010, 18.30 - 21 Uhr

[Alle weiteren Termine und Anmeldung](#)

INFORMATIONSBEND ZUR MONTESSORI-PÄDAGOGIK UND DIPLOMAUSBILDUNG

Mittwoch, 31. März 2010, 19 Uhr, Eintritt frei

Sie lernen die Dozentinnen Saskia Haspel und Christiane Salvenmoser persönlich kennen und erhalten neben einer Kurzvorstellung der Montessori-Pädagogik und Montessori-Literatur Informationen zur Montessori-Diplomausbildung, wie Kursvarianten, Dauer, Kosten und Diplomanforderungen.

Natürlich gibt es ausreichend Zeit für Ihre Fragen und Wünsche.

Um Anmeldung wird gebeten an akademie@montessori.at oder telefonisch unter 01 911 69 69.

SEMINAR: RECHTLICHE GRUNDLAGEN als KindergruppenbetreuerIn in Wien

Organisatorische, rechtliche und fachliche Belange der Tätigkeit als Kindergruppen-BetreuerIn in Wien

2 Tages-Seminar: 20. März 2010 und 10. April 2010

Pflichtseminar für TeilnehmerInnen des Diplomlehrgangs für das Kinderhaus, die in WIEN berufstätig sind (*nur für KursteilnehmerInnen der Montessori-Akademie)

[Information und Anmeldung](#)

EINFÜHRUNGSSEMINAR IN DIE MONTESSORI-PÄDAGOGIK

Theoretische Grundlagen, Montessori-Materialien aus verschiedenen Bereichen, Materialprinzipien, Überblick über die kindliche Entwicklung

3-tägiges Intensivseminar: 7. - 9. Mai 2010, 9 - 17 Uhr

€ 290,- /für ÖMG Mitglieder ermäßigt € 280,-

Das Montessori-Einführungsseminar wendet sich an LehrerInnen, Kindergarten-PädagoInnen, HorterzieherInnen, Tageseltern und ist offen für alle, die sich für die Montessori-Pädagogik interessieren.

Referentinnen: Saskia Haspel und Christiane Salvenmoser

[Information und Anmeldung](#)

MONTESSORI-ZENTRUM WIEN
Hüttelbergstraße 5
1140 Wien
Tel : 01 911 69 69
E-Mail: akademie@montessori.at

**PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN,
UNIVERSITÄTEN**

Übersicht

ÖLI-UG unterstützt Protestaktionen der Studierenden und Lehrenden zu Bologna-Gipfel

Utl.: ÖLI-UG fordert universitäre LehrerInnenbildung und Master-Abschluss für LehrerInnen aller Schultypen, von der Volksschule bis zur AHS/BMHS und der Erwachsenenbildung. =

Wien (OTS) - Die österreichische LehrerInnenausbildung soll im Zuge des Bologna-Prozesses reformiert werden. ExpertInnen arbeiten derzeit im Auftrag von BMUKK (PH) und BMWF (Universitäten) an Empfehlungen für eine gemeinsame Ausbildung der LehrerInnen aller Schulstufen. Ab 2011 soll das bestehende Nebeneinander von 6-semesteriger Ausbildung an Pädagogischer Hochschule (PflichtschullehrerInnen an Volks-, Haupt-, Poly- und Sonderschulen) und den 9-semesterigen Master-Diplomstudien an Universitäten (AHS-, BMHS-LehrerInnen) überwunden und die Qualifikation aller LehrerInnen verbessert werden. Für die ÖLI-UG - Österreichische LehrerInneninitiative - Unabhängige GewerkschafterInnen bedeutet das: Master und volle Akademiker-Einstufung für alle LehrerInnen.

Was diesem Vorhaben derzeit noch fehlt, ist der politische Wille der Regierung. Von den Regierungsparteien fordern wir daher klare bildungs- und budgetpolitische Aussagen:

- Bereitstellung der erforderlichen Budgetmittel für die universitäre LehrerInnenbildung auf Master-Niveau und das gesamte Bildungswesen,
- schrittweise Integration der PH in die Universitäten,
- Überwindung des verwaltungs- und dienstrechtlichen Nebeneinander von Bundes- und LandeslehrerInnen durch ein gemeinsames LehrerInnendienstrecht
- eine demokratische Schulreform, die allen Kindern unabhängig von ihrer sozialen Herkunft das Recht auf Bildung sichert. Bildung ist kein Privileg. Bildung ist keine Ware.

An den Pädagogischen Hochschulen laufen bereits Bologna-konforme verschulte BA-Kurzstudien, die Wahlmöglichkeiten der Studierenden und die Studienmöglichkeiten für Berufstätige sind nicht erweitert, sondern abgebaut worden. Diese Fehlentwicklung darf nicht auf die Unis ausgeweitet, sondern muss gemeinsam von den Betroffenen, von Studierenden, Lehrenden und von den Gewerkschaften aller ArbeitnehmerInnen gemeinsam abgewehrt werden. Denn Bildungspolitik ist auch Sozialpolitik. Investitionen in die Bildung aller Kinder und Jugendlichen, in Forschung und Lehre und in Studierende jeden Alters sind Investitionen in die Zukunft.

Österreichische LehrerInnen Initiative - ÖLI-UG

Rückfragehinweis:

Reinhart Sellner, Unabhängige GewerkschafterInnen im öffentlichen Dienst - UGöD, Tel.: 0676/343 75 21
Internet: www.oeli-ug.at, www.ugoed.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/3521>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

"Bachelor für 4.000 Pflichtschullehrer"

ORF.at

Wenn wir die nötigen finanziellen Mittel erhalten, ist die Pädagogische Hochschule auch für einen Ansturm gerüstet." Der Erwerb eines Bachelors durch ...

PARLAMENTSMELDUNGEN

Schmied zum Budget: Bei Kindern wird nicht gespart - Aktuelle Aussprache im Unterrichtsausschuss

Wien (PK) - Der strikte Budgetfahrplan für die nächsten Jahre, ganztägige Schulformen, Sprachförderung sowie die Ausbildung der LehrerInnen standen heute im Mittelpunkt der Aktuellen Aussprache im [Unterrichtsausschuss](#).

Bundesministerin Claudia Schmied konnte noch keine detaillierten Angaben für das kommende Budget machen. Im Ministerrat seien die Eckpunkte beschlossen worden, für ihr Ressort seien die Kürzungen relativ moderat, meinte sie. Dennoch werde die Erstellung des Budgets 2011 viel Arbeit erfordern. Auf keinen Fall werde bei den Kindern gespart, versicherte die Ministerin. Sie wolle insbesondere in der Verwaltung ansetzen. Konkret strebt sie eine klare Stärkung der Schulstandorte mit entsprechender Qualifizierung der SchulleiterInnen und des mittleren Managements an. Mehr Beachtung will sie auch der Personalentwicklung schenken. Einsparungen erhofft sich Schmied zudem durch klare Abrechnungssysteme. Der Kritik an der Öffentlichkeitsarbeit ihres Ressorts begegnete die Ministerin mit dem Hinweis, ein Ministerium wie das ihre habe offensiv jedoch nicht maßlos zu agieren. Öffentlichkeitsarbeit sei

unverzichtbar.

Umfrage ergab hohen Bedarf an ganztägigen Schulformen

Die Ministerin unterstrich einmal mehr die Notwendigkeit, ganztägige Schulformen auszubauen. Die im Herbst durchgeführte Befragung von 700.000 Eltern mit hoher Rücklaufquote habe einen Bedarf an ganztägigen Schulformen ergeben, der drei Mal so hoch ist wie der Status quo. Dabei gebe es hinsichtlich der Erwartungen der Eltern zwischen ländlichem und großstädtischem Raum Unterschiede. Im ländlichen Gebiet würden eher flexiblere Angebote bevorzugt, in den Städten hätten sich die meisten für verschränkte Formen ausgesprochen.

Dabei komme dem Aspekt der Sprachförderung eine besondere Bedeutung zu, betonte Schmied. Mit einem ganztägigen Angebot könnte auch dem Problem der privaten Nachhilfe begegnet werden, zeigte sich die Ministerin überzeugt.

Sie wolle das Angebot an ganztägigen Schulformen stufenweise ausbauen. Um entsprechende Grundlagen dafür auszuarbeiten, etwa Fragen des konkreten Bedarfs, der Rahmenbedingungen, der baulichen Gegebenheiten, des finanziellen Aufwands und der Kooperationsmöglichkeiten, habe sie eine Gruppe mit VertreterInnen der Landesschulräte, des Städte- und Gemeindebunds und ihres Ministeriums eingerichtet, die ihre Arbeit noch dieses Monat aufnimmt.

Zum Schulversuch Neue Mittelschule kündigte die Ministerin einen ersten Evaluierungsbericht Ende des Jahres 2010 an. Eine Ausweitung des Schulversuchs, wie dies von einigen Seiten gefordert wird, schloss die Ministerin unter anderem aus budgetären Gründen aus.

Als besonders erfolgreich hat sich laut Schmied das Projekt Lehre und Matura entwickelt. Über 6.000 Jugendliche stünden derzeit in einer Lehrausbildung und machten zugleich die Berufsreifeprüfung, berichtete sie.

Sprachförderung zentrales Anliegen

Die Sprachförderung stehe weiterhin im Mittelpunkt ihrer Bemühungen, unterstrich die Ministerin. Die derzeit erprobten Bildungspläne für Kindergärten sollen ab September 2010 österreichweit zum Einsatz kommen. Ziel sei es, die Kindergärten in Richtung einer Bildungsinstitution auszubauen.

Wichtige Aspekte in der Sprachförderung stellen auch das verpflichtende Kindergartenjahr und die Sprachstandsfeststellung dar. In die Ausbildung von KindergartenpädagogInnen werde vermehrt investiert. Die gesetzlich verankerte Sprachförderung an den Schulen werde positiv aufgenommen, da sie eine flexible Handhabung ermögliche, erläuterte Bundesministerin Schmied.

Integration soll weitergeführt werden

Die Ressortchefin informierte die Abgeordneten auch darüber, dass sie die Integration für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf über die achte Schulstufe hinaus weiterführen werde. Derzeit würden sich 119 polytechnische Schulen an Integrationsversuchen beteiligen. Diese Modelle würden evaluiert und im Anschluss daran eine gesetzliche Verankerung der Integration in der neunten Schulstufe vorbereitet. Sie wolle darüber hinaus aber auch weitere derartige Schulversuche ermöglichen.

Die Ministerin sprach außerdem die Schulpsychologie und die Schulsozialarbeit an. Die Posten für SchulpsychologInnen seien auf 180 erhöht worden, sagte sie, räumte jedoch ein, dass der Bedarf weitaus größer sei. Hinsichtlich der Sozialarbeit plane sie, mit jeweils drei bis vier Pilotprojekten in den Bundesländern in Kooperation mit der Jugendwohlfahrt zu starten.

Neue LehrerInnenausbildung noch in dieser Gesetzgebungsperiode

Bundesministerin Schmied bekräftigte, noch in dieser Gesetzgebungsperiode eine Neuregelung der LehrerInnenausbildung umsetzen zu wollen. In Zukunft sollen alle LehrerInnen auf tertiärem Niveau ausgebildet werden, unterstrich die Bildungsministerin einmal mehr. Ein Aufnahmeverfahren solle als Orientierungshilfe und Qualitätsmaßnahme dienen. Sie möchte eine verstärkte Durchlässigkeit gewinnen und besondere Angebote für QuereinsteigerInnen schaffen.

Das vorliegende Expertenpapier sei nun die Grundlage, mit den Betroffenen in eine Diskussionsphase zu treten. Im Herbst plane sie Gespräche mit Bildungsregionen, sodass Anfang 2011 eine entscheidungsreife Grundlage vorliegt.

Zur Frage der Dienst- und Besoldungsreform gebe es derzeit intensive Gespräche mit der Gewerkschaft, informierte die Ministerin.

Die Fragen dazu wurden von den Abgeordneten Elmar Mayer, Rosa Lohfeyer, Franz Riepl, Ewald Sacher (alle S), Werner Amon, Katharina Cortolezis-Schlager, Franz-Joseph Huainigg (alle V), Walter Rosenkranz, Martin Graf (beide F), Harald Walser, Helene Jarmer (beide G) sowie Stefan Markowitz und Ursula Haubner (beide B) gestellt. (Schluss)

http://www.parlament.gv.at/PG/PR/JAHR_2010/PK0157/PK0157.shtml

Schmied zum Budget: Bei Kindern wird nicht gespart Aktuelle Aussprache im ...

APA OTS (Pressemitteilung)

Wien (PK) - Der strikte Budgetfahrplan für die nächsten Jahre, ganztägige Schulformen, Sprachförderung sowie die Ausbildung der LehrerInnen standen heute im ...

PLATTFORM EDUCARE

Selbstverständnis

Forderungen

Mitglieder

Presse-
Aussendungen

Wochenreport für die Homepage <http://www.Plattform-EduCare.org> von Netzaehler.de.

Die Statistik zeigt jeweils die Besucherzahl pro Wochentag.

Sun 07 - 14
Sat 06 - 16
Fri 05 - 23
Thu 04 - 28

Wed 03 - 22
Tue 02 - 19
Mon 01 - 14

STELLENAUSSCHREIBUNGEN

Ausschreibung einer Verwaltungsprofessur für Elementarpädagogik/Sprache (W2, 50%, drei Jahre) im Studiengang Elementarpädagogik an der FH Osnabrück

→ Siehe pdf-Beilage „Professur...“

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

Kindgemäße Pädagogik -
Veranstaltungen und Events

Termininfos aus dem Online-Veranstaltungskalender der KÖCK-PRIVATSTIFTUNG

<http://www.koeck-stiftung.at/events.asp>

16. März, Graz: Symposium 'Dem Lernen Raum geben'

Wechselspiel und Zusammenhang von individuellem Lernen und Architektur stehen im Mittelpunkt dieses Symposiums der Pädagogischen Hochschule Steiermark (zum Thema siehe auch: www.schulUmbau.at)

19. - 21. März Innsbruck: 'Wertvolle Jugend' - Montessori Frühjahrsforum 2010

'Wertvolle Jugend - Herausforderung - Orientierung - Beziehung. U.a. mit Jesper Juul, David Kahn, Christiane Salvenmoser,... Diese Veranstaltung wird unterstützt durch die Köck Privatstiftung.

26. -30. März Hinterthiersee: Freinet Ostertreffen

Erfahrungsaustausch und Weiterbildung von PädagogInnen mit dem Schwerpunkt Freinet-Pädagogik. Diese Veranstaltung wird unterstützt durch die Köck Privatstiftung.

10. April, Wien: Fest!!! der Initiative BildungGrenzenlos

Die Initiative BildungGrenzenlos möchte gerne ein Fest mit möglichst vielen an Bildung interessierten Menschen feiern. Dabei sollen auch noch Kontakte geknüpft und Ideen geboren werden. Diese Veranstaltung wird unterstützt durch die Köck Privatstiftung.

14.-16. April, Wien: ECHA Österreich Tagung 2010

'sinnvoll?!' - Begabungskulturen zwischen narzisstischer Illusion und sozialer Verantwortung. Was ist sinnvoll im Bereich der Begabungs- und Begabtenförderung?

15.-17. April, Emmersdorf: natur.wissen.schaffen - Forschergeist von Anfang an

NÖ Montessori-Werkstatt - mit 70 Expertinnen und Experten - 50 Seminare mit österreichischen und internationalen Seminarleitern. Internat. Referate u.a.: Reinhard Kahl, Johanna Pareigis, Donata Elschenbroich, Remo Largo, Mireille Hartmann
Diese Veranstaltung wird unterstützt durch die Köck Privatstiftung.

24. April, Pottenbrunn: noe:reform.tag

Auf der Schlossallee präsentiert sich - anlässlich des 20jährigen Bestehens der Lernwerkstatt Pottenbrunn - die niederösterreichische reformpädagogische Szene.
Diese Veranstaltung wird unterstützt durch die Köck Privatstiftung.

IMPRESSUM UND HINWEISE


Plattform EduCare

Postadresse:

Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype:  Add me to Skype

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Schicken Sie uns Meldungen, die Sie anderen Mitgliedern zugänglich machen wollen

Verwenden Sie hierfür die E-Mail-Adresse: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Schreiben Sie uns Informationen, die Sie hier nicht finden, die aber für die Arbeit der Plattform EduCare wichtig sein könnten

Wir verarbeiten sie streng vertraulich: Informationspool@Plattform-EduCare.org

Änderungen zu diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine Mail mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-Mail-Adresse).

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine Mail mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

Anregungen zu Stellungnahmen

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Anregungen in einer [Mail](#) an uns - danke!

Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.